

+++ AUS DEM INHALT +++ AUS DEM INHALT +++ AUS DEM INHALT +++ AUS DEM INHALT +++



Auf ein Wort: Prof. Dr. Jürgen Wolf von der Fachhochschule Magdeburg äußert sich zur neuen Ehrenamtslichkeit.

Seite 3



Unter einem (Zeit)Dach: Für drei Tage „beschnupperte“ sich die ver.di-Jugend beim ersten gemeinsamen Sommercamp in Arendsee.

Seite 10

- Der Landeshaushalt 2002 im Visier Seite 2
- So sieht die Struktur von ver.di aus Seite 4

Einzug noch im Dezember/ Zwei Millionen DM Mietersparnis im Zeitraum von fünf Jahren

ver.di bald unter einem Dach

Gemeinsam ziehen der ver.di-Bezirk Sachsen-Anhalt Nord und der Landesbezirk Sachsen-Anhalt in ein neues Gebäude. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, an einem attraktiven Standort die künftigen ver.di-Büros anzumieten. Ab Dezember 2001 wird die neue Adresse „Nachtweide 82, 39124 Magdeburg“ lauten.

Mit Hochdruck wird nun am ver.di-gerechten Umbau gearbeitet, damit dem Einzug im Dezember nichts im Wege steht. Sowohl den ratsuchenden Mitgliedern, den ehrenamtlichen Funktionärinnen als auch den bei ver.di beschäftigten Kolleginnen und Kollegen wird dann ein modernes Dienstleistungs- und Kommunikationszentrum zur Verfügung stehen.

Um Mitgliedsbeiträge optimal einsetzen zu können, hatten die beiden Ebenen (Bezirk und Land) entschieden, ein gemeinsames Objekt zur Miete nutzen zu wollen. Danach begannen intensive

schwierige Verhandlungen mit insgesamt fünf Verhandlungspartnern im Stadtgebiet von Magdeburg. Dabei waren verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Neben der Erzielung eines möglichst günstigen Mietzinses waren auch die Anforderungen des zentralen ver.di-Immobilienkonzeptes zu berücksichtigen. Dazu Jochen Schuk, Organisationsverantwortlicher bei ver.di: „Mit diesem Objekt ist es im vollen Umfang gelungen, die Anforderungen an den Standort mit einem optimalen Preis-Leistungs-Verhältnis in Einklang zu bringen.“ Vom Ausgangspunkt der Verhandlungen bis zum erzielten Ergebnis sei es gelungen, für ver.di für einen Zeitraum von fünf Jahren zwei Millionen DM an Mietkosten einzusparen, so Schuk weiter.

„Ein weiteres Plus für diesen Standort ist der Einzug des ver.di-Bildungswerkes und verschiedener Kontaktbüros von gewerk-



Die neue Adresse von ver.di – das alte Arbeitsamt in der Nachtweide.

schaftsnahen Vereinigungen“, erklärte Andreas Wiedemann, Bezirksgeschäftsführer des ver.di-Bezirks Sachsen-Anhalt Nord. Auch die Option für andere Gewerkschaften und den DGB in die Nachtweide einzuziehen zu können,

ist positiv zu werten. Nach den Worten von Wiedemann, eröffnet dies die Perspektive für das Entstehen eines neuen Gewerkschaftshauses in Magdeburg.

Jochen Schuk,
Andreas Wiedemann

Gesinnungsfreiheit muss bleiben

Zum II. Anti-Terror-Paket von Bundesinnenminister Schilly zeichnet sich im Bundestag ein Kompromiss ab. Für die Gewerkschaft ver.di die bitterste Pille: Für die Beschäftigten in vielen Dienstleistungsberufen, wie dem Verkehrsgewerbe, in den Krankenhäusern, der Post oder in den meisten Bereichen des öffentlichen Dienstes ist eine gesonderte Sicherheitsüberprüfung vorgesehen.

Ver.di wird sich massiv für den Datenschutz und die Gesinnungsfreiheit dieser Berufsgruppen einsetzen, so das Resümee einer Betriebs- und Personalrätekonferenz am 18. Oktober in Berlin. Wichtiger als die Überprüfung ist vor allem die Qualifizierung der Beschäftigten und ihre Betriebsbindung durch soziale Sicherheit. Siehe Globalisierung/Seite 2



Sicherheit durch Polizeipräsenz wie hier vor dem Magdeburger Landtag ist wichtig. Doch die Überprüfung von Beschäftigten lehnt ver.di ab.

Job-AQTIV-Gesetz

Jobrotation – eine gute Idee mit Tücken

Mit dem Job-AQTIV-Gesetz ist die Arbeitsvermittlung erneut auf den Prüfstand gestellt worden. Eine Reform der Arbeitsmarktpolitik sollte es werden, ein Reformchen ist es geworden. Das Arbeitslosenproblem wird zunehmend individualisiert und die Lösung auf den oder die Arbeitslosen abgewälzt.

Es ist ein richtiger Ansatz, mit den Projekterfahrungen zur Jobrotation in Sachsen-Anhalt die Qualifizierung von Arbeitnehmer/innen unter Beteiligung von Unternehmen gezielt für die Branchen zu entwickeln. Neueinstellungen auf dem ersten Arbeitsmarkt sollten erreicht werden.

Denn wenn durch Ausbildung erreicht werden kann, dass ein Unternehmen am Markt besser angenommen wird, dann werden sich auch die Arbeitsplätze im Unternehmen entwickeln.

Die Zuwendungen aus dem Job-AQTIV-Gesetz sind nicht nur auf die zeitweise Sicherung von Arbeitsplätzen gerichtet. Das muss bei der Umsetzung im Vordergrund stehen, sonst verkommt der gute Ansatz zu einer Verschwendung von öffentlichen Mitteln, nach dem Grundsatz rechte Tasche – linke Tasche und die Anzahl der arbeitslosen Menschen wächst weiter. Edeltraud Rogée

kommentiert

Gemeinschaft gefordert

Zur Jahreswende 2001/2002 wird ver.di Sachsen-Anhalt eine feste Adresse sein. Der Umzug in das neue Bürogebäude ist abgeschlossen. Die örtlichen Vertretungen haben sich gefestigt. Mit dieser gesicherten Basis müssen wir uns konzentriert den Herausforderungen des Jahres 2002 stellen:

Ich denke zuerst an die Sicherheitslage. Jetzt, wo Bürgerrechte im Antiterrorkampf überprüft werden, müssen wir sehr genau Konsequenzen für die Beschäftigten des Dienstleistungssektors beobachten. Ich denke auch an die Altersversorgung im öffentlichen Dienst. Dort stehen die Vorzeihen auf eine harte Auseinandersetzung mit den Finanzministern. Viele andere Dienstleistungsbereiche orientieren sich an dieser Alterssicherung.

Und ich denke an die kritische wirtschaftliche Lage. Ver.di fordert von Bund und Ländern eine aktive Politik, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Doch auch die Gewerkschaften müssen mit einer deutlichen Lohnpolitik die Binnen- nachfrage stärken.

Ver.di kann bei diesen Entwicklungen den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am besten sichern, wenn viele neue Mitglieder die Vertretungskraft stärken. Ver.di in Sachsen-Anhalt wird 2002 einen umfassenden Betreuung- und Mitgliederservice aufbauen. Doch individueller Schutz kann nur mit einem gemeinschaftlichen Schutz gewährleistet werden. Dafür ist die Mitgliedschaft bei ver.di ein Muss.

Jürgen Schenk
ver.di Landesbezirksleiter
Sachsen-Anhalt

Kurzmeldungen

Tourismus. Der Verbandsvorsitzende des allgemeinen Behindertenverbandes Hildebrandt hat gefordert, den Tourismus für Behinderte in Sachsen-Anhalt auszubauen. Bahn und Nahverkehr hätten deutlichen Nachholbedarf. In Sachsen-Anhalt leben rund 200.000 Behinderte.

10 Jahre Wirtschaftsförderung. Die WISA veranstaltete im Oktober ihr 10-jähriges Jubiläum. Bei der dazu begleitenden Fachtagung wurde festgestellt, dass sich die Wirtschaftsförderung vermehrt auch um weiche Standortfaktoren wie Lebensqualität und Kultur kümmern muss.

Arbeitsschutztag. Sachsen-Anhalt hat für den Arbeitsschutztag 2002 einen Landespreis für Arbeitsschutz ausgeschrieben. Mit dem Preis, der mit 5000 EURO dotiert ist, sollen innovative Ideen zur Verbesserung der Arbeitsplätze oder des Unfallrisikos ausgezeichnet werden. Bis zum 31. März 2002 können sich Einzelpersonen, Gruppen, Unternehmen oder Organisationen bewerben. Unterlagen sind beim Arbeitsministerium (Referat 72, Tel.: 03 91-5 67 46 17) abrufbar.

Radwanderung. Die elf überregionalen Radwanderwege in Sachsen-Anhalt wurden bis Ende Oktober durch den Allgemeinen Deutschen Fahrrad Club (ADFC) getestet. Alle 1.200 km Radweg wurden abgefahren. Der ADFC erstellt Streckenzustandsberichte zum Radwegesystem. Sie dienen als Planungsgrundlage für das Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt.

Internet-Auftritt. Laut Studie der Unternehmensberatung ACCUTURE nehmen die Internet-Auftritte deutscher Städte international nur eine Mittelposition ein. Virtuelle öffentliche Verwaltungen werden nur schleppend aufgebaut. Von 21 Städten bietet Bremen das beste Angebot, Schluslicht ist Magdeburg.

Landeshaushalt 2002

100 Millionen Euro Reserve für Notfälle zurücklegen

Mit einer Ausgleichsreserve von 100 Millionen Euro im Landeshaushalt 2002 soll die Regierung in Magdeburg der allgemeinen Konjunkturlage Sachsen-Anhalts Rechnung tragen, fordert der DGB-Landesbezirk. Auch sollte der niedrige Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgenutzt werden, anstatt durch den Versuch, das Land allzu schnell zu entschulden, auf die Konjunkturbremse zu treten.

„Es wird von Landesseite derzeit einfach zu viel gespart“, sagt ver.di-Vizechef Manfred Bartsch. „Die Strukturkrise im Bausektor ist nicht unerheblich durch eine verhaltene Investitionspolitik der öffentlichen

Hand bestimmt.“ Betrug die Investitionsquote am Gesamthaushalt 1995 noch 31,5 Prozent, in diesem Jahr sind es nur noch 20,6 Prozent. „Durch verminderte Zuweisungen des Landes zieht sich das bis in die kleinsten Kommunen durch“, meint Bartsch.

Auch konnte das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts 2001 um gerade einmal 0,6 Prozent gesteigert werden – was einer Verringerung der Wachstumsquote im vierten Jahr hintereinander gleichkommt. Neben der Baukrise sind Einbrüche im Ernährungs- und im Dienstleistungsbereich verantwortlich. „Derzeit stützt sich Vieles auf

das verarbeitende Gewerbe“, so Bartsch weiter, „erleidet auch das einen Einbruch, ist ein herber Rückschlag für das Gesamtwachstum des Landes nicht auszuschließen.“

Durch eine Konjunkturausgleichsreserve könnte darauf reagiert werden: „Durch größere Rücklagen wäre das Land in der Lage, mit öffentlichen Investitionen gezielt Wachstumsimpulse zu setzen“, erklärt Bartsch. Auch wenn durch Rücklagenbildung anstatt Schuldenabbau die Zinsbelastung des Landes insgesamt steigt, durch die niedrigen Zinsen der EZB sei das für das Land eher zu verschmerzen, als weitere Konjunkturfaluten.

Ich bin neues ver.di-Mitglied

Auf der Suche war Diana Alsleben, 26 Jahre alt, schon länger. Denn für sie stand fest, sowie sie in einem festen Arbeitsverhältnis steht, dann möchte die gebürtige Staßfurterin, die seit ihrem 6. Schuljahr in Magdeburg lebt, Mitglied einer Gewerkschaft werden. „Sie kennt das von Haus aus“, die gute Kinderstube sozusagen. Ihre Mutter ist ebenfalls Gewerkschafterin und sie konnte bereits die Hilfe der Gewerkschaft bei ihrer unrechtmäßigen Kündigung nutzen. Die Erfahrungen der Mutter haben Diana geprägt und so hat sie jetzt den ver.di-Mitgliedsausweis in der Tasche. Damit wird sie ihrer Überzeugung gerecht, dass es Leute geben muss, die sich für Andere engagieren und auch mal die Drecksarbeit machen.

Nach dem Abitur begann Diana erstmal ein Studium der Erzie-

hungswissenschaften an der Magdeburger Otto-von-Guericke Universität. Aber der erhoffte Erfolg und das Weiterkommen für die ansonsten sehr zielbewusste und engagierte Diana stellte sich nicht ein



Diana Alsleben, 26 Jahre

und so brach sie ihr Studium ab. Nachdem sie bis Juli 2000 in verschiedenen Jobs beschäftigt war, bewarb sie sich im vergangenen Jahr bei der Firma Promota, einem Call-Center für den Kunden Deutsche Telekom und begann dort im August 2000 als sogenannter Agent. Seit September ist sie Teamcoach und damit für 17 Agents verantwortlich und dazu gehören mehr als zwei aufmerksame Ohren und eine schöne Stimme.

Bei ihrem neuen Arbeitgeber in Magdeburg war bislang niemand Gewerkschaftsmitglied und es gab auch keinen Betriebsrat. Nachdem sich mehrere Kollegen für eine betriebliche Interessenvertretung stark gemacht haben, wird im November ein Betriebsrat gewählt. Und eine der Kandidatinnen dafür ist Diana Alsleben.

Mit internationalen Bündnissen Druck auf die Finanzwelt ausüben

Was hat die Globalisierung mit der Gewerkschaft ver.di Sachsen-Anhalt zu tun?

Der Terrorakt am 11. September in den USA macht betroffen. Uneingeschränkte Trauer gilt den Opfern. Am 11. September trafen sich aber auch die Gewerkschaft ver.di, die IG Metall und die globalisierungskritischen Initiativen wie ATTAC oder WEED mit dem Präsidenten des Internationalen Währungsfonds (IWF) Köhler. Ihr Appell, noch ohne die parallel stattfindenden Ereignisse in den USA zu kennen, Bundeskanzler Schröder möge sich für eine internationale Devisensteuer (Tobin-Steuer) einsetzen.

Für Deutschland stellte sich bisher immer die Frage, wie können die sozialen Folgen eines permanenten Arbeitsplatzabbaus durch die Unternehmen abgedeckt werden. Bis vor

einiger Zeit ging dies mit Hilfe von öffentlichen Schulden ganz gut. Unter dem Druck der Globalisierung funktioniert diese Finanzierung von Sozialleistungen jedoch nicht mehr. Die Zunft der Wirtschaftswissenschaftler fordert: Löhne und Sozialleistungen runter! Das jedoch ist für die Gewerkschaft ver.di kein Weg!

Eine Chance könnte vielleicht tatsächlich die Tobin-Steuer in einer neuen internationalen Finanzarchitektur bieten. Wenn man sich überlegt, dass allein 1998 in einem Jahr 372.500.000.000.000 US\$ an kurzfristigen Devisen gehandelt wurden, dann wäre bei einer Devisensteuer von nur 1% eine Finanzkraft von 37,5 Billionen US\$ vorhanden. Und das bei einem Welthandelsvolumen von

lediglich 7,2 Billionen US\$. Es wäre also für die öffentlichen Haushalte durchaus möglich, Finanzmittel ohne Schulden zu schöpfen. Mit den Mitteln könnten die Entwicklungsländer – auch die islamischen – unterstützt werden. Zudem könnte den Folgen der ökologischen Krise durch Umweltinvestitionen wirksam entgegengetreten werden.

Betrachtet man die politischen Akteure Schröder, Bush und Co., fällt es zunächst schwer zu glauben, dass für derlei soziale Forderungen Mehrheiten existieren. Erst recht, wenn man als Konsequenz aus dem Terrorakt gegen die USA in der Diskussion nicht die gesellschaftlichen Ursachen für die Radikal-Islamisten wiederfindet, sondern das Terrorgeschehen le-

diglich auf ein Problem der Inneren Sicherheit und der Terroristenbekämpfung reduziert wird.

Das jährliche Drama mit immer wieder neuen Sparmaßnahmen im Landeshaushalt und dem Abwürgen des ohnehin schon mühsamen wirtschaftlichen Aufbauprozesses sollte zum Nachdenken anregen: Wie kann mit internationalen Bündnissen mehr Druck auf eine soziale Finanzpolitik erreicht werden? Ver.di Sachsen-Anhalt lädt dazu am 26. 11. 2001 um 19.00 Uhr zu einer Diskussion mit Vertretern der Globalisierungsgegnerinitiative ATTAC ein. Die Diskussion wird im Konferenzraum der ehemaligen ÖTV-Bezirksverwaltung, Breiter Weg 173, in Magdeburg stattfinden.

Thomas Herbing

CDU bietet Gesprächsbasis

„Auch ver.di ist mit der wirtschaftlichen Situation in Sachsen-Anhalt unzufrieden“, äußerte Landesbezirksleiter Jürgen Schenk in einem Gespräch mit Spitzenvertretern der Wirtschaft am 5. 11. 2001. Wir begrüßen, so Schenk weiter, den Vorschlag der CDU, Investitionen aus den Finanzhilfen für Ostdeutschland vorzuziehen. Auch weitere Punkte aus dem CDU-Positionspapier zum Aufschwung in Sachsen-Anhalt finden Zustimmung.

Internet: Hier surfen Sie richtig

Unter dem Dach des Bundeswirtschaftsministeriums ist das Leitprojekt „Media@Komm“ mit einem Finanzvolumen von mehr als 100 Mio. Mark vereinigt. Es geht um die Anbindung der Kommunen an das Internet. Material zur Begleitforschung gibt es unter: www.mediakomm.net.

Das gewerkschaftliche Forum Soziale Technikgestaltung hat im Mai 2001 das Projekt COALA gestartet – ein virtuelles „CompetenceCenter für neue Online-Arbeitswelten“. Vorrangig soll es Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten und allen Interessierten helfen, die Arbeit am Netz zu gestalten. COALA enthält einen eigenen Baustein zum Thema „Virtuelles Rathaus“. Internet:

www.gewerkschaftshaus.de/coala/coala.html

www.gewerkschaftshaus.de
www.forsoztec.dgb-bw.de

Um Betriebsräte zu beraten und zu unterstützen, haben die Gewerkschaften DPG, HBV und IG Medien das Projekt „OnForTe-Online Forum Telearbeit“ geschaffen. Es berät rundum zum Thema Telearbeit. Internet: www.onforTe.de

Angebote des WS: Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung bietet Informationen zur tarifvertraglichen Gestaltung neuer Arbeitsformen. Internet: www.boeckler.de/wsi/

Weg.Bereiter

Impressum

Weg.Bereiter ist eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Landesbezirk Sachsen-Anhalt, Lüneburger Str. 24, 39106 Magdeburg. www.verdi.sachsen-anhalt.de

Verantwortlich: Landesbezirksleitung Jürgen Schenk

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahmen von ver.di gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Redaktion, Satz, Layout: AZ publica Verlag GmbH Magdeburg (Tel.: 03 91 7 31 06 77) www.az-publica.de

Anzeigenaufnahme: ver.di Landesbezirk Sachsen-Anhalt, AZ publica Verlag GmbH Magdeburg

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Die neue Ehrenamtlichkeit aus Forschersicht

Was bringt es, in der Gewerkschaft zu sein

Prof. Dr. Jürgen Wolf, 47, verheiratet, ein Kind, Soziologe an der Fachhochschule Magdeburg. Seit 1998 ist er in der Elbestadt tätig, lehrte vorher unter anderem an der Freien Universität Berlin. Er kennt sich auch mit gewerkschaftlichem Engagement aus, hat darüber Studien erstellt, leitet jetzt ein Projekt mit dem Namen „Neue Ehrenamtlichkeit“. Wie ist es mit dem Ehrenamt beschaffen in Deutschland, laufen den Gewerkschaften die Mitglieder weg, weil heutzutage zu wenig über den eigenen Gartenzaun geschaut wird? Wird zu viel geklagt und zu wenig getan?

Warum ist das Übernehmen eines Ehrenamtes für viele heute weniger attraktiv als es früher war?

Prof. Jürgen Wolf: Das Engagement hat sich gewandelt. Viele Leute wollen sich zwar weiterhin

Form der Artikulation. Beispiel ist Amnesty International. Das war und ist ein politisches Eingreifen der Leute. Und dieses individuelle Engagement hat mit traditioneller Gremienarbeit in Parteien oder Gewerkschaften nichts zu tun.

Hat sich dieser Wandel im Osten nach der Wende verstärkt?

Prof. Jürgen Wolf: Das ist dem gesellschaftlichen Wandel geschuldet, der im Osten Deutschlands mit der Wende gewaltig zum Tragen kam. Wir beobachten zunehmend einen Prozess der Individualisierung. Das Leben ist das Produkt unseres eigenen Handelns. Es wird einfach von uns verlangt, unser Leben gefälligst selbst in die Hand zu nehmen. Das bietet einerseits jede Menge Chancen, beinhaltet auf der anderen Seite aber auch gewaltige Anforderungen. Man kann schnell zum Versager oder Outsider der Gesellschaft werden. In

„Das Engagement hat sich gewandelt. Engagieren ja, aber für etwas Konkretes. Früher hieß Mitgliedsein, ein ewiges Bündnis einzugehen.“



Prof. Dr. Jürgen Wolf untersucht neue Ehrenamtlichkeit in der Gesellschaft.



engagieren, aber mehr in Projekten, für ganz bestimmte Bereiche. Das bedeutet auch einen zeitlich begrenzten Charakter. Früher hieß Mitgliedsein: Bin ich einmal in einer Organisation drin, bleibe ich auch auf ewig drin.

Woher kommt diese Wandlung?

Prof. Jürgen Wolf: Die Bürgerinitiativen im Westen haben es uns vor vielen Jahren vorgelebt: Es ging bei den Aktionen um ein ganz bestimmtes und abgegrenztes Feld der Betätigung, so um den Bau einer Straße oder um den Stopp von Atomtransporten oder wie auch immer. Es liegt einfach auch am gewandelten Verständnis von Politik. Manche meinen, die Bevölkerung hat von Politik die Nase voll. Das Schlagwort von der Entpolitisierung macht die Runde. Ich meine, dem ist nicht so. Fand früher Politik in Form von Mitgliedschaft statt, gibt es mittlerweile eine andere

Form der DDR war ein jeder Teil eines Kollektivs und hatte an manchen Dingen nicht selber schuld. Heute wird der Einzelne wichtiger, gleichzeitig wird die Gefahr größer, dass es immer mehr einzeln verstreute Punkte gibt. Im wissenschaftlichen Fachjargon wird das Phänomen Biografisierung der Lebensführung genannt.

Wie wirkt sich das auf die potentielle Mitgliedschaft in Gewerkschaften aus?

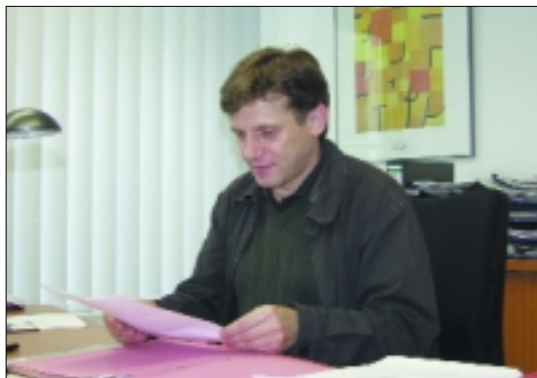
Prof. Jürgen Wolf: Mal abgesehen davon, dass das traditionelle Arbeitermilieu als Sammelbecken der Gewerkschaften mehr und mehr weggefallen ist. Bei vielen Beschäftigten hat sich die Meinung gebildet, dass die Leute doch alles haben. Jedenfalls das, wofür früher noch die alten Gewerkschafter kämpften. Viele haben ein Haus, fahren in den Urlaub, haben ihren Job. Den Ge-

werkschafter mit Haut und Haar, den gibt es heute nur noch selten. Ist heute jemand Mitglied in einer Gewerkschaft, dann ist er es nur noch unter anderem, also nur partiell. Er ist auch noch in einem Sportverein aktiv, ist Vater oder Mutter, spricht in seinem Freundeskreis über ganz andere Dinge, bewirtschaftet vielleicht seinen Garten.

Bedeutet das, dass die Gewerkschaften sich auf dauerhaften Mitgliederschwund einstellen müssen?

Prof. Jürgen Wolf: Nein. Aber Gewerkschaften müssen sich ebenfalls umstellen. Ganz wichtig ist beispielsweise der Spaßfaktor. Leute wollen Spaß haben, wenn sie sich für etwas engagieren.

Wollen Sie sagen, dass sich ver.di in Sachen Mitgliederwerbung Freizeitangebote ausdenken soll?



Prof. Jürgen Wolf: Nicht unbedingt das. Aber die Art und Weise der Tätigkeit bei ver.di muss Spaß machen. Stundenlang bei Versammlungen sitzen macht keinen Spaß. Mehr noch. Die Leute werden sich fragen: Was bringt es mir, in der Gewerkschaft zu sein? Das individuelle Werben ist angesagt. Das potentielle Gewerkschaftsmitglied muss auch als Kunde verstanden werden. Er will ein attraktives Angebot sehen, eine Möglichkeit, sich in einem bestimmten Projekt selbst zu verwirklichen, ein Projekt, was ihm Spaß macht, wo er sich für sich und für andere engagieren kann.

Aber eine Gewerkschaft ist doch in erster Linie eine politische Organisation und weniger ein Mitmachverein?

Prof. Jürgen Wolf: Das ist das Problem. Die Gewerkschaften

müssen Spaßfaktor und politische Botschaft zusammenbringen, um erfolgreich sein zu können. Nicht nur schöne Worte sind gefragt, denen dann wieder Kleinkariertes folgt. Nein, Programm und Praxis sollten übereinstimmen. Es gilt, den Leuten glaubwürdig darzulegen: Hier bei uns kannst du etwas Sinnvolles tun, etwas, was politisch und moralisch deinen Wertvorstellungen entspricht und was dir Spaß macht und darüber hinaus auch ein Ergebnis bringt. Also nicht das Einsetzen für irgendetwas Visionäres, sondern für das konkrete Projekt.

Hand aufs Herz: Werden die Gewerkschaften dies umsetzen können und so Mitglieder gewinnen?

Prof. Jürgen Wolf: In diesem Spannungsfeld ist vieles möglich. Ich sehe das optimistisch. Es gibt gerade bei ver.di gute Ansätze dafür. Mit neuen Personengruppen wie Senioren, Arbeitslose, mit Engagement für die Jugend, vollzieht sich schon jetzt Gewerkschaftsarbeit nicht nur in den Betrieben, sondern auch im Wohngebiet und im Freizeitbereich. Die neuen straffen Strukturen sind einerseits für ein effizientes Management notwendig, lassen aber auch Freiräume. Es werden etliche Projekte aufgelegt, in denen sich die Mitglieder verwirklichen können. Zeitlich begrenzte Projekte, bei denen unterm Strich etwas herauskommt. Aber in den Funktionäretagen ist Eigeninitiative gefordert – weitaus mehr als bisher.

Aufregend bunt - beruhigend stark:

Eure Ansprechpartner bei in Sachsen-Anhalt ab 1. 1. 2002

Unser gewerkschafts-politischer Verant-wortungsbereich

Die Landesbezirksleitung Nachtweide 82, 39124 Magdeburg, **Tel. 03 91/2 88 89 99**

<p>Der Landesbezirksvorstand und sein Präsidium</p> <p>Uwe Dressel (Vorsitzender)</p>	<p>Jürgen Schenk Landesbezirksleiter</p> <p>Wirtschaftspolitik, Landesregierung, DGB, Öffentlichkeitsarbeit, Vertretung nach innen und außen</p>	<p>Edeltraud Rogée</p> <p>Koordination, Tarifpolitik, Privatwirtschaft, Sozialpolitik, Arbeitsmarkt, ver.di-Finanzen</p>	<p>Jochen Schuk</p> <p>ver.di-Organisation und Verwaltung, Jugend, Betriebsräte</p>	<p>Manfred Bartsch</p> <p>Koordination, Tarifpolitik Öffentlicher Dienst, Personalräte, Gesundheitspolitik</p>
--	---	---	--	---

Unser übergreifender Servicebereich

<p>Der zentrale Rechtsschutz Heye de Buhr</p> <p>☎ 01 71/4 96 31 51</p>	<p>Die Bildungskoordination Helge Harms</p> <p>☎ 01 71/4 96 31 50</p>	<p>Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Helge Harms</p> <p>☎ 01 71/4 96 31 50</p>
--	--	---

ver.di-Bildungswerk
Barbara Liebig
Marion Stegelitz

Unser berufsfachliches Betreuungssystem

<p>Fachbereich 1 Finanzdienstleistungen</p> <p>Klaus Jäger ☎ 01 75/2 60 46 34</p>	<p>Fachbereich 2 Ver- und Entsorgung</p> <p>Horst Riesenberg-Mordeja ☎ 01 70/5 74 94 49</p>	<p>Fachbereich 3 Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen</p> <p>Ralf Birkenfeld ☎ 01 70/5 74 94 00</p>	<p>Fachbereich 4 Sozialversicherungen</p> <p>Klaus Jäger ☎ 01 75/2 60 46 34</p>	<p>Fachbereich 5 Bildung, Wissenschaft und Forschung</p> <p>Werner Theis ☎ 01 70/5 72 77 17</p>	<p>Fachbereich 6 Bund und Länder</p> <p>Werner Theis ☎ 01 70/5 72 77 17</p>	<p>Fachbereich 7 Gemeinden</p> <p>Manuela Schmidt ☎ 01 70/5 74 94 44</p>
<p>Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion</p> <p>Michael Kopp ☎ 01 72/3 63 40 00</p> <p>Kontaktbüro Leipzig ☎ 03 41/6 88 98 17</p>	<p>Fachbereich 9 Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung</p> <p>Jochen Schuk ☎ 01 71/5 27 33 26</p> <p>Hans-Joachim Fischer ☎ 01 70/5 50 50 40</p>	<p>Fachbereich 10 Postdienste, Spedition und Logistik</p> <p>Cornelia Bormann ☎ 01 71/2 12 41 59</p>	<p>Fachbereich 11 Verkehr</p> <p>Gerd Doepelheuer ☎ 01 60/3 66 77 16</p>	<p>Fachbereich 12 Handel</p> <p>Jörg Lauenroth-Mago ☎ 01 70/4 52 32 28</p>	<p>Fachbereich 13 Besondere Dienstleistungen</p> <p>Christel Tempel ☎ 01 72/9 99 82 29</p>	

Unser Beratungsnetzwerk vor Ort

<p>Bezirk Sachsen-Anhalt Nord Nachtweide 82, 39124 Magdeburg, ☎ 03 91/2 88 88 88 Bezirksgeschäftsführer: Andreas Wiedemann ☎ 01 71/8 62 75 05 Vorsitzende: Manuela Kubbutat FB 1 – Klaus Zimmermann ☎ 01 71/6 43 38 06 FB 2 und 11 – Bernd Tangermann ☎ 01 72/8 03 91 16 FB 3 – Jens Berek ☎ 01 72/8 03 91 17, Rolf König ☎ 01 70/8 51 28 13, Thomas Mühlenberg ☎ 01 70/4 74 31 53 FB 4 – Monika Impe ☎ 01 72/8 03 91 15 FB 5 und 6 – Uwe Henschke ☎ 01 72/8 03 91 11 FB 7 – Wolfgang Rau ☎ 01 70/2 40 31 00, Rainer Harms ☎ 01 70/8 51 28 12 Wolfgang Siebert ☎ 01 72/3 27 00 57 FB 8 – Karin Marschallek ☎ 01 72/3 63 40 07 FB 9 – Hans-Joachim Fischer ☎ 01 70/5 50 50 40 FB 10 – Annett Flachshaar ☎ 01 60/4 71 55 56 FB 12 – Kerstin Raue ☎ 01 70/7 73 24 44, Klaus Zimmermann ☎ 01 71/6 43 38 06 Franz Pansy ☎ 01 71/12 72 68 86 FB 13 – Dagmar Huhn ☎ 01 72/8 03 91 14, Theodor Walter ☎ 01 70/6 34 85 84</p>	<p>Bezirk Sachsen-Anhalt Süd Ludwig-Wucherer-Straße 23, 06108 Halle/Saale, ☎ 03 45/21 49-6 Bezirksgeschäftsführer: Lothar Philipp, ☎ 03 45/21 49-810 Vorsitzende: Angelika Kelsch</p> <p>Der Rechtsschutz Marion Bindernagel 01 70/8 56 57 49</p> <p>FB 1 und 4 – Angelika Nikisch ☎ 01 70/8 56 57 47 FB 2 und 11 – Judith Fritsch ☎ 01 72/3 46 25 63 FB 3 – Petra Schmidt ☎ 01 72/3 46 25 62 FB 5 und 6 – N. N. FB 7 – Ellen Bornschein ☎ 01 72/3 44 02 40, Simona Pfennig ☎ 01 70/5 74 94 12 FB 8 – Karin Marschallek ☎ 01 72/3 63 40 07 FB 9 – Enrico Zemke ☎ 01 71/8 62 75 10 FB 10 – Klaus Utess ☎ 01 72/3 62 23 03 FB 12 – D. Finke, M. Rucker Harckenthal ☎ 01 70/8 56 57 48, A. Werner FB 13 – Barbara Tulke</p>
--	--

Geschäftsstelle Magdeburg
Nachtweide 82
39124 Magdeburg
Andreas Wiedemann
☎ 03 91/2 88 88 88

Geschäftsstelle Halberstadt
Bernhard-Thiersch-Straße 2
38820 Halberstadt
Paul Bergmann
☎ 0 39 41/5 66 20

Geschäftsstelle Dessau
Ratsgasse 4
06844 Dessau
Dieter Hofmann
☎ 03 40/6 40 03 11

Geschäftsstelle Halle
Ludwig-Wucherer-Straße 23
06108 Halle/Saale
Andrea Verron
☎ 03 45/21 49-6

Geschäftsstelle Salzwedel
Neuperverstraße 30
29410 Salzwedel
Dieter Hennig
☎ 0 39 01/42 34 23

Geschäftsstelle Stendal
Breite Straße 87
39576 Stendal
Ronalt Eckmann
☎ 0 39 31/64 99-0

Geschäftsstelle Bernburg
Friedensallee 20
06406 Bernburg
☎ 0 34 71/31 98 85

Geschäftsstelle Naumburg
Rosa-Luxemburg-Straße 24
06618 Naumburg
☎ 0 34 45/70 32 57

Geschäftsstelle Genthin
Str. d. Odf 5
39307 Genthin
Ronalt Eckmann
☎ 0 39 33/80 67 62
Sprechtag: Donnerstag

Geschäftsstelle Haldensleben
Bahnhofstraße 11
39340 Haldensleben
Annegret Breittkreuz
☎ 0 39 04/7 14 04
Sprechtag: Dienstag

Geschäftsstelle Sangerhausen
Kornmarkt 1
06526 Sangerhausen
☎ 0 34 64/57 17 96

Geschäftsstelle Wittenberg
Judenstraße 31
06886 Lutherstadt Wittenberg
☎ 0 34 91/40 52 14

Geschäftsstelle Oscherleben
Thälmannstraße 13
39387 Oscherleben
☎ 0 39 49/21 34
Sprechtag: Di. u. Do.

Geschäftsstelle Wernigerode
Forckestraße 3
38855 Wernigerode
Rosemarie Flemming
☎ 0 39 43/63 31 83

internet:
www.verdi-sachsen-anhalt.de

Unser zielgruppenbezogenes Kontaktsystem

<p>Das Frauensekretariat Christine Stoffl ☎ 01 70/6 35 77 43</p>	<p>Das Jugendsekretariat Karin Flügel ☎ 017 0/4 52 38 30</p>	<p>Die Senioren Manfred Bartsch ☎ 01 71/3 20 20 28</p>	<p>Die Erwerbslosenausschüsse Edeltraud Rogée ☎ 01 73/8 76 85 26</p>
<p>Das Arbeitersekretariat Manfred Bartsch ☎ 01 71/3 20 20 28</p>	<p>Das Beamtensekretariat Werner Theis ☎ 01 70/5 72 77 17</p>	<p>Die Freiberuflichen und Selbständigen Gisela Hoffmann ☎ 03 41/6 88 98 17</p>	<p>Ihr Media-Phone (für Schriftsteller und Künstler) 0 18 05/75 44 44</p>



Aus den Fachbereichen

FB 1 Sparkassen-Personalräte berieten Aktuelles

Bei der Tagung in Quedlinburg ging es um drei Punkte: Angleichung der Tarifverträge, Euro-Umstellung und dem Brüsseler Entscheid zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen und Landesbanken. Die Personalräte fordern die Landesregierung auf, den Gemeinwohlaufrag sicherzustellen. Seite 7

FB 2 Neuer Tarif für BDE-Beschäftigte

Erreicht wurde eine Erhöhung der Jahressonderzahlung Ost, vermögenswirksame Leistungen und leistungsbezogene Zulagen. Verhandelt werden soll demnächst ein Altersteilzeittarifvertrag. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2002. Seite 8

FB 3 Pflegefachleute tagten zum dritten Mal

Seit 1999 findet alljährlich eine Pflegefachtagung in Kooperation mit Gewerkschaftern statt. Im Vordergrund stand diesmal die Ökonomie im Gesundheitswesen. Seite 7

FB 4 BARMER-Ersatzkasse reformiert sich

Die Reform bei der BARMER bringt Veränderungen für die Beschäftigten. Der Personalrat hat eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, in der Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung verankert sind. Seite 8

FB 6 ver.di im Gespräch mit Premier R. Höppner

In einem ersten Gespräch zwischen ver.di und der Landesregierung mit Premier Höppner an der Spitze ging es um die Einbeziehung von Personalräten und Beschäftigten an der Verwaltungsreform. Weitere Gespräche stehen bevor. Seite 6

FB 7 Kommunalreform in Klausur

Thema der Klausurtagung des Landesfachbereichsvorstandes Gemeinden waren die kommunalen Gebietsreformen. Dazu finden in diesen Tagen fünf regionale Personalrätekonferenzen in Halle, Magdeburg, Halberstadt, Stendal und Dessau statt. Seite 5



FB 7 Feuerwehren im Wettstreit

Beim Tag der offenen Tür der Berufsfeuerwehr Halle zeigten Kameraden aus der Saalestadt sowie aus Dessau und Roßlau ihr Können. Seite 8

FB 8 Outsourcing hat in der Volksstimme Grenzen

Betriebsrat zog gegen den Volksstimme-Verleger vor Gericht. Die ausgegliederten Firmen sind ein Betrieb. Doch der Zwist geht in die nächste Runde. Seite 7



FB 8 Im Buchhandel gibt es seit Oktober mehr Geld

Beschäftigte in den 98 Buchverlagen und in den knapp 500 Buchhandlungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erhalten seit dem 1. Oktober eine Gehaltserhöhung von drei Prozent. Seite 5

FB 9/13 ver.di fasst Fuß in den Call-Centern

Analyse der Beschäftigungssituation und die Arbeit der Gewerkschaft ver.di in den Call-Centern – unser Hauptthema diesmal. Seite 6



FB 10 Übermüdung auf der Autobahn

Aktionstag für die Beschäftigten im Straßentransport: überlange Arbeitszeiten angeprangert. Seite 8

FB 11 Ungewisse Zukunft für Straßenbahn Halberstadt

Die Stadtkassen sind leer – die Zukunft der Straßenbahn wird in Frage gestellt. Die Beschäftigten wollen mit Hilfe von ver.di Konzepte unterbreiten. Seite 8

Fachbereichsvorstand tagte im Hafen

Die Beschäftigten der Häfen und Binnenschifffahrt sind eine wichtige Säule im Fachbereich Verkehr. Der Vorstand tagte demonstrativ im Magdeburger Hafen. Seite 5

FB 12 Kündigungswelle im Praktiker-Konzern

Die Kündigungen in den Praktikermärkten in Sachsen-Anhalt nahm ver.di nicht hin. Die Gewerkschaft legte Widerspruch ein und hatte dabei Erfolg. Seite 6



Fachbereich 8

Drei Prozent mehr Gehalt im Buchhandel

In der zweiten Runde der Tarifverhandlungen von ver.di Fachbereich 8 – Medien Südost – mit dem Arbeitgeberverband für Verlage und Buchhandlungen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen um einen neuen Entgelttarif konnte am 24. September 2001 in Leipzig ein Tarifabschluss erreicht werden.

Ab dem 1. Oktober 2001 erhalten die Beschäftigten in den 98 Buchverlagen und den 497 Buchhandlungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen eine tarifliche Gehaltserhöhung von 3 Prozent. Für die Auszubildenden wurde eine Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütung von rund 10 DM je Stufe vereinbart. Der neue Entgelttarif kann zum 30. September 2002 gekündigt werden.

Damit konnte nach Auffassung von Michael Kopp (Fachbereichsleiter Medien Südost) die Tarifrunde mit einem vertretbaren Kompromiss abgeschlossen und trotz der beiden Nullmonate erfolgreich für die ver.di-Mitglieder gestaltet werden.

Die Arbeitgeber hatten in der ersten Verhandlungsrunde angeboten, ab dem 1. Januar 2002 einen Festbetrag von 30 DM zweckgebunden für die Altersvorsorge bzw. als

vermögenswirksame Leistungen zahlen zu wollen. Allerdings hätte dieser Betrag das Volumen des Entgeltabschlusses entsprechend gemindert.

Altersversorgung noch in Verhandlung

Des Weiteren waren die Arbeitgeber nicht bereit, den Betrag von der Anrechnung auf bereits in einigen Verlagen und Buchhandlungen gewährte Leistungen und Vermögensbildung bzw. Betriebsrenten freizustellen. Daher legte die ver.di-Tarifkommission den Schwerpunkt auf die Erhöhung der Gehälter. Damit bleibt die volle Verfügbarkeit der Beschäftigten über ihr Einkommen erhalten. Jede/jeder Beschäftigte kann selbstverständlich trotzdem und ohne Zeitdruck entsprechende Angebote für die Altersvorsorge auf der Grundlage des Altersvermögensgesetzes nutzen. Der Fachbereich Medien in ver.di verhandelt derzeit mit dem Bundesverband Druck und Medien über eine Branchenlösung, die in einem gemeinsamen Versorgungswerk zur überbetrieblichen Altersversorgung bestehen soll.



Vorstand des Fachbereiches Verkehr Nord.

Fachbereich 11

Fachbereichsvorstand tagte im Magdeburger Hafen

Dass Mitgliedernähe nicht nur ein leeres Wort ist, bewies der Fachbereichsvorstand Verkehr Nord und legte seine Fachbereichsvorstandssitzung zum Magdeburger Hafen. Damit machte der Vorstand deutlich, dass die Kolleginnen und Kollegen der Häfen und der Binnenschifffahrt eine wichtige Säule im Fachbereich Verkehr sind. Diskutiert wurde an Bord des Hafenkontrollbootes.

Die Themen der Sitzung reichten von Mitgliederentwicklung, Fortschreibung der Nahverkehrspläne im öffentlichen Personennahverkehr, Auswertung der Personal- und Be-

triebsrätekonferenz in Dresden bis zur Tarifentwicklung im Nahverkehr.

Schwerpunkt in der Mitgliederwerbung stellt der Bereich der Auszubildenden dar. Hier will sich der Fachbereich an der Werbeaktion „Kinnopolis Village“ des Bezirkes Nord beteiligen.

Dass die Aktivitäten der Kolleginnen und Kollegen aus Sachsen-Anhalt anerkannt werden, spiegelt sich auch in der Wahl von Boris Zufelde (Betriebsratsvorsitzender Magdeburger Hafen GmbH) als stellv. Sprecher der Fachgruppe Häfen im Bundesvorstand Verkehr wider.

Fachbereich 7

Im Blickpunkt: Kommunalreform

Im Ergebnis einer Klausurtagung des Landesfachbereichsvorstandes Gemeinden vom 21./22. September 2001 sind erste Arbeitsschwerpunkte definiert worden.

Neben der mit hoher Priorität besetzten Aufgabe hinsichtlich der Transparenz von ver.di in den Betrieben und Dienststellen wurden Handlungsfelder wie Kommunal- und Gebietsreform, Bildungsarbeit, die Gestaltung betrieblicher Gewerkschaftsarbeit oder die Vorbereitung der Tarifrunde im öffentlichen Dienst thematisiert und in die Erarbeitung kurz- und mittelfristiger Arbeitsplanungen aufgenommen.

Erste konkrete Schritte aus der Diskussion sind bereits in Planung. So wird es im November 2001 fünf regionale Personalrätekonferenzen (Halle, Magdeburg, Halberstadt, Stendal, Dessau) zum Thema Kommunal- und Gebietsreform geben. Hierzu stehen u.a. Vertreter des Innenministeriums Rede und Antwort zum Stand der Reformen in Sachsen-Anhalt.

Nähere Informationen zu Terminen und Veranstaltungsorten können beim Landesfachbereich Gemeinden, Kolln. Manuela Schmidt (03 91/625 58 17) oder in den Geschäftsstellen Halle und Magdeburg erfragt werden.

Fachbereich 9/13

ver.di fasst Fuß im Zukunftssektor Call-Center

Die Situation der Beschäftigten: Tarifliche Regelungen sind gefragt

In den letzten zwei Jahren haben sich mit Blick auf den Bundesdurchschnitt Call-Center-Einrichtungen in Sachsen-Anhalt überproportional angesiedelt. Dies hat natürlich Gründe, die nicht nur darin liegen, dass die Menschen bereit sind, sich umzuschulen und zu qualifizieren.

Ist ein Call-Center-Dienstleister daran interessiert, einen Betrieb aufzubauen, so findet dieser vor allem offene Ohren und Kassen, denn das Land Sachsen-Anhalt bezuschusst die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in mehrfacher Hinsicht. Einerseits durch Direktleistungen, wie z. B. Investitionskosten oder Lohnkostenzuschüsse, andererseits aber auch durch Sondergenehmigungen wie z. B. für Sonntagsarbeit.

Darüber hinaus werden Qualifizierungsmaßnahmen zu 100 Prozent durch die Arbeitsämter und die Qualifizierung durch den Investor bis zu 80 Prozent der Gesamtkosten gefördert, mit der arbeitslose Kolleginnen und Kollegen in Schulungsmaßnahmen an ihre künftige Arbeit herangeführt werden.

Gegen diese Förderpraxis des Landes Sachsen-Anhalt hat ver.di zur Ansiedlung neuer Betriebe, die wir dringend brauchen, im Prinzip nichts einzuwenden, wenn da nicht noch Folgendes wäre.

Eine/r auf dieser Basis gut qualifizierte/r Call-Center Agent/in erhält für die anspruchsvolle Arbeitsleistung einen Grundlohn von 10.- DM bzw. einen Gesamtlohn (Zuschläge) von 13,50 DM, ist vielleicht noch teilszeitbeschäftigt und hat Arbeitszeitbedingungen, die alles andere als planbar bzw. familienfreundlich sind. Auch eine „günstige“ Voraussetzung, warum sich Call-Center in diesem Land ansiedeln, ist natürlich die hier vorhandene Arbeitslosigkeit.

Dass es auch anders geht, zeigen uns Call-Center, die aus Unternehmen und nicht frei auf dem Markt entstanden sind, wie z. B. Otto oder Neckermann. Die dort Beschäftigten haben Tarifverträge, die an die Branche Einzelhandel angelehnt sind. Vergleichbare Arbeit bei weit auseinanderliegenden Löhnen, das wollen wir nicht hinnehmen. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die

Diskussion um Mindestlöhne so hoch im Kurs steht. Wir brauchen tarifliche Regelungen für diese Branche, aber auch Interessenvertretungen für die Beschäftigten. Das Letztere haben die Beschäftigten mit Hilfe von ver.di z. B. in der Walter Call-Center Gruppe bereits durchgeführt.

Die Betriebsratswahlen sind bzw. werden abgeschlossen und engagierter BetriebsrätInnen nehmen gemeinsam mit ver.di die Geschicke in die Hand, der Handlungsbedarf ist groß. Zunehmend wird den Beschäftigten dabei klar, dass jeder für sich allein kein Erfolgsrezept sein kann, dass tarifliche Regelungen nur mit und von ver.di-Mitgliedern möglich sind und organisieren sich.

Auch die Betriebsräte wissen, dass der Austausch von Erfahrungen untereinander eine wichtige Grundlage für ihre betriebliche Interessenvertretung ist. Deshalb wollen wir mit allen Call-Center-Betriebsräten, egal in welchem Fachbereich, die Zusammenarbeit anbieten und fördern. Gemeinsam können wir es schaffen!

Theodor Walter
Sekretär Fachgruppe Call-Center

Gewerkschaftsarbeit: Werbung von Mitgliedern

Seit mehr als zwei Jahren arbeiten die Gründungsgewerkschaften der ver.di im Call-Center-Projekt Sachsen-Anhalt zusammen.

Dieses Call-Center-Projekt wird noch bis zum Jahresende unter der Federführung des Fachbereichs 9 weitergeführt. Danach werden die Call-Center in die ver.di Regelorganisation überführt.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es dem Projekt nunmehr auch gelungen, in den branchenungebundenen Call-Centern Fuß zu fassen. Mit Unterstützung des Projektes sind mittlerweile 4 Betriebsräte in großen branchenungebundenen Call-Centern gewählt worden. In einem weiteren Call-Center wurden die Betriebsratswahlen am 1. November abgeschlossen.

Die gewerkschaftliche Unterstützung hat drei Aufgabenschwerpunkte:

1. Unterstützung bei der Bildung von Betriebsräten
2. gewerkschaftliche Einflussnahme auf die Förderpraxis des Landes
3. Tariffähigkeit erhöhen durch Mitgliederwerbung

Realisiert wurden die Ziele durch

die Arbeitsgemeinschaft der Call-Center-Beschäftigten.

Hier sind die Grundlagen für die Betriebsratswahlen gelegt worden und Beschäftigte gezielt angesprochen worden, um ver.di Mitglied zu werden.

Die Mitgliederentwicklung ist nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr positiv, weil die Werbung durch aktive Beschäftigte forciert wird.

Die Kolleginnen und Kollegen erkennen, dass es erforderlich ist, ver.di Mitglied zu sein, um die Arbeits- und Bezahlungsbedingungen zu verbessern.

Die gemeinsam erarbeiteten Forderungen an die Landesregierung wurden formuliert und in vielen Einzelerörterungen mit der Landesregierung thematisiert.

Schwerpunkt ist, ein Umsteuern in der Förderpraxis des Landes zu erreichen. Aus unserer Sicht ist es zwingend erforderlich, durch Förderung der Qualifikation der Beschäftigten den Call-Center-Standard Sachsen-Anhalt auf Dauer zu sichern.

Hans-Joachim Fischer

Fachbereich 12

„Praktiker“ wehren sich

Von der erheblichen Kündigungswelle im Praktiker-Konzern blieben auch die Märkte in Sachsen-Anhalt nicht verschont. Klever eingefädelt und sukzessive, schön schubweise gekündigt, dann bleiben wir von unserer Sozialplanpflicht befreit, so war die Strategie bei Praktiker. Aber da hatte man die Rechnung ohne den Wirt, sprich ohne „ver.di“ gemacht.

Nachdem die Anhörungen zu den ersten Kündigungen bei den Betriebsräten auf dem Tisch landeten, setzten sich diese sofort mit ver.di in Verbindung. Gemeinsam mit den Gewerkschaftssekretären wurden von den Betriebsräten nicht nur detaillierte Widersprüche zu den anstehenden Kündigungen geschrieben, sondern auch für die einzelnen Märkte Sozialpläne erstellt. Das erzeugte die unterschiedlichsten Reaktionen!

Nicht nur, dass Beschäftigte, die nicht vor das Arbeitsgericht ziehen wollten, dadurch eine Abfindung für den Verlust des Arbeitsplatzes erhielten, wurden auch viele „freiwillig“ angebotene Abfindungen angesichts der Sozialpläne nach oben geöffnet. Betriebsräte der Märkte, in denen die Marktleiter vehement die Unterschrift auf dem Sozialplan verweigerten, gaben den Beschäftigten diese Sozialplan-



entwürfe in die Hand bzw. stellten sie ver.di zur Verfügung, so dass diese uns als Grundlage für die Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht dienten. Erstaunlicherweise waren die Arbeitsgerichte auch absolut nicht abgeneigt, die entsprechenden Abfindungsregelungen als Vergleichsvorschlag zu nutzen.

Natürlich ist der Verlust des Arbeitsplatzes immer bedauerlich und auch unter Zahlung einer Abfindung nicht die Lösung. Jedoch haben die Beschäftigten, die bereit waren, für ihren Arbeitsplatz zu kämpfen, das auch in vielen Fällen erfolgreich mit ver.di praktiziert.

Durch mangelnde Anhörung der

Betriebsräte, fehlende Sozialauswahl oder einfach nur aus Mangel am Nachweis betriebsbedingter Gründe mussten Kündigungen vor dem Arbeitsgericht als unwirksam erklärt und die betroffenen Arbeitnehmer wieder eingestellt bzw. weiterbeschäftigt werden.

Sogar die Gerichte mussten feststellen, dass auch ein Praktiker-Baumarkt eine Mindestbesetzung braucht und bestimmte Kriterien einzuhalten sind.

In einigen Märkten war es ganz kurios. Nach dem Widerspruch der Betriebsräte bzw. vor Verhandlungsbeginn von Sozialplänen wurden ausgesprochene Kündigungen

vom Arbeitsgeber zurückgenommen, bevor es zu einer Klage vor dem Arbeitsgericht kam. So traurig die Geschichte bei Praktiker auch war, konnte ver.di doch einen großen Erfolg verbuchen und für viele Beschäftigte der sogenannte „Rettungsanker“ werden.

Vielen Betroffenen konnten wir erfolgreich helfen und das Gefühl vermitteln, bei ver.di gut aufgehoben zu sein. Das hat uns Gewerkschaftssekretären wieder Mut gemacht und motiviert. Denn auch wir freuen uns über jeden Erfolg, den wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern erreichen.

Michaela Rücker Harckenthal

Fachbereich 6

Gespräch mit Premier Höppner

Ein erstes Gespräch über die Beteiligung von ver.di an der Verwaltungsreform, zur Einbeziehung der Personalräte und Beschäftigten sowie zur Sicherung der Arbeitsverhältnisse hat am 2.11.2001 mit Ministerpräsident Dr. Höppner stattgefunden. Für ver.di haben u. a. Jürgen Schenk und Werner Theis teilgenommen. Vereinbart wurde ein zweiter Termin am 5.12. Auf Arbeitsebene wird sondiert, ob erfolgversprechende Verhandlungen ab Dezember aufgenommen werden.

Fachbereich 11

Omnibusbetrieb Saalkreis

Mit der Kündigung des Vergütungstarifvertrages und der Aufstellung der Forderungen hat die ver.di-Tarifkommission die Tarifrunde 2001/2002 für die Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH sowie der Straßendienst Saalkreis GmbH eingeleitet.

Die Vergütung für die Ecklohngruppe 4/3 (Busfahrer Endstufe) soll von 18,20 DM pro Stunde auf 19,30 DM angehoben werden. Die Auszubildendenvergütung soll analog angehoben werden.

Bei einer Laufzeit von einem Jahr wollen die ver.di-Mitglieder an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt werden.

Fachbereich 8

Outsourcing hat manchmal doch Grenzen!

Die Volksstimme in Magdeburg sieht sich gern als Vorreiter. Beim Outsourcing zum Beispiel schritt Verleger Heinz Bauer früh und zügig und äußerst gründlich voran. Das er neben betriebswirtschaftlichen Effekten durch niedrigere Löhne und ungestörten Personalabbau in den meisten ausgedehnten Firmen keinen Betriebsrat mehr hatte, war ein willkommenes und durchaus beabsichtigter Nebeneffekt.

Doch der Betriebsrat der Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH, Herausgeber-Firma für die Tageszeitung „Volksstimme“ und das Anzeigenblatt „Generalanzeiger“, und der Druckservice Barleben GmbH, die abgespaltene Weiterverarbeitung, fassten sich ein Herz und zogen vor Gericht: Nach allem, was in Magdeburgs Bahnhofstraße und der Verlagstraße in Barleben als Firmensitzen der „Mediengruppe Magdeburg“ läuft und vor allem wie es läuft, handelt es sich bei sieben der so sauberlich getrennten Firmen eben doch um einen Betrieb im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes. Will sagen, ein Betriebsrat ist für alle die durch die Arbeitsabläufe eng miteinander verflochtenen Mitarbeiter zuständig. So die Betriebsrats-

meinung. Denn letztlich arbeiten all die Firmen so zusammen wie sie es vor der Ausgliederung auch taten, nämlich als Abteilungen eines Zeitungsbetriebes, alle mit denselben Gesellschaftern und Geschäftsführern.

Die Meinung des Arbeitsgerichts in Magdeburg war eine andere. Das Landesarbeitsgericht in Halle aber entschied am 28. September: Die Magdeburger Verlags- und Druckhaus GmbH, die Zeitungsdruck Barleben GmbH (druckt in der Frühlingschicht), die Magdeburger Dienstleistungs- und Verwaltungs GmbH (Buchhaltung, Personalabteilung, Controlling), die Marketing Service Magdeburg GmbH (Marketing, Anzeigen, Vertriebsleitung), die Zeitungsplanung Barleben GmbH, die Magdeburger Generalanzeiger GmbH und die Druckservice Barleben GmbH sind ein Betrieb. Und machte damit deutlich, dass Outsourcing eben doch Grenzen hat.

Die Betriebsräte wollen nun entsprechend der neuen Rechtslage auch tätig werden. Die Zuständigkeit für die bis dato betriebsratslosen Firmen ist gegenüber der Geschäftsführung erklärt, die Kollegen in den betreffenden Firmen sind informiert.



Das Volksstimme-Druckhaus in Barleben.

Das Outsourcing ging und geht aber munter weiter. Agenturen machen den Job der angestellten Redakteure und liefern als „freie Unternehmen“ zu. Gegründet und zum Teil finanziert wurden die Firmen allerdings zu großen Teilen aus der Bahnhofstraße.

Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts muss die Geschäftsführung gerochen haben. Denn kurz vor dem Spruch wurden mal eben schnell etliche Redakteure beim Generalanzeiger betriebsbedingt gekündigt. Die könnten ja in einer Agentur anfangen, für weniger

Geld, natürlich, und möglichst ohne Betriebsrat. Der Zwist geht also in die nächste Runde. Der Betriebsrat geht mit.

Renate Wähnelt
Betriebsratsvorsitzende,
Magdeburger Verlags- und
Druckhaus GmbH

Anzeige



Uwe Bitter

Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Arbeitsrecht

Nils Kummert

Rechtsanwalt und
Fachanwalt für Arbeitsrecht

Frank Schröder

Rechtsanwalt

Gesa Schulze

Rechtsanwältin

- Arbeitsvertragsrecht
- Kündigungsrecht
- Tarifvertragsrecht
- Betriebsverfassungsrecht
- Dienstrecht
- Betriebl. Altersversorgung

Rechts- und Fachanwälte

Große Diesdorfer Str. 5
39108 Magdeburg
Telefon 03 91/7 44 44 44
Telefax 03 91/7 44 44 88

Fachbereich 3

Ökonomie war Tenor der 3. Pflegefachtagung

Am 8. Oktober 2001 fand an der Hochschule Magdeburg-Stendal der 3. Magdeburger Pflegeetag statt. In Kooperation mit der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Hochschule Magdeburg-Stendal wird diese jährliche Pflegefachtagung seit 1999 durchgeführt.

Frau Bork (VdAK) stellte die ambulante Pflege und die Altenpflege in Sachsen-Anhalt dar: „Wenn der Arzt keine Pflege verordnet, so kann auch der Pflegedienst keine Leistungen im ambulanten Bereich erbringen.“ Deswegen forderte sie die ambulanten Pflegedienste auf, alternative Dienstleistungen in der Pflege wie soziale Betreuung, Spaziergänge etc. für den Klienten anzubieten. „Um das Überleben einer pflegerischen Einrichtung zu gewährleisten“, so Herr Bäumer (Hochschule Magdeburg-Stendal), „ist ein professionelles Management notwendig.“

Für die finanziell immer schwierigeren Situation im Krankenhaussektor betonte Ralf Birkenfeld (ver.di): „Der Druck auf die Krankenhäuser wird dadurch weitergegeben, dass z. B. sogenannte Service-Bereiche ausgesiedelt werden.“ Des Weiteren ging er auf die Tarifverhandlungen der letzten 10 Jahre in den neuen Bundesländern ein. Dabei wurde kontinuierlich das Ziel verfolgt, die

Löhne Ost an das Westniveau auf 100 % anzugleichen, was leider aus diversen Gründen noch nicht erreicht ist. Daneben führte Ralf Birkenfeld beispielhaft in Sachsen-Anhalt die Haustarifverträge mit verschiedenen Einrichtungen im Gesundheitswesen an, die sowohl Arbeitsplätze und Lohn sichern als auch die Umsetzung des EUGH-Urteils bezwecken. Für die Zukunft der Pflege forderte er ein integratives Gesundheitswesen mit Krankenhäusern als Gesundheitszentren und regionalen Gesundheitskonferenzen.

Arbeitsbelastungen steigen weiter an

Herr Deh (AOK Sachsen-Anhalt) informierte über die anstehende neue Finanzierung von Krankenhäusern mittels DRG. Daraus wurde besonders für die Pflege deutlich, dass die Arbeitsbelastungen massiv ansteigen werden (noch kürzere Verweildauer, höherer Durchlauf der Patienten, ansteigende Administration). Auch verwies er darauf, dass nach der DRG-Regelung die Krankenhäuser eine Summe X erhielten und es den Krankenhäusern selbst überlassen sei, welche Personalkosten für welche Berufsgruppen davon zu finanzieren sind.

Andrea Thiekötter

Fachbereich 1

Sparkassen-Personalräte tagten in Quedlinburg

Die Personalräte aus den Sparkassen in Sachsen-Anhalt führten ihre diesjährige Herbsttagung am 20. und 21. September in Quedlinburg durch. Die dortige Kreissparkasse hat dankenswerter Weise die Ausrichtung übernommen.

Über 40 Kolleginnen und Kollegen haben zwei Tage über aktuelle Themen und Probleme beraten.

• Angleichung der Tarifverträge des BAT-O an die Tarife West

Kollege Schürmann vom Tarifsekretariat der ver.di Bundesverwaltung stellte die aktuelle Situation dar. Er machte deutlich, dass um überhaupt einen Einstieg in die Angleichungsdebatte zu ermöglichen, die Angleichung der Arbeitszeit in den Vordergrund gestellt werden muss. Mit der Reduzierung der Arbeitszeit in den neuen Bundesländern ließen sich zum einen Arbeitsplätze sichern, zum anderen wirkt sie sich nicht unmittelbar auf die angespannten öffentlichen Haushalte aus. Mehrheitlich wurde die Notwendigkeit gesehen, die Diskussion der Arbeitszeitfrage auch in den Sparkassen offensiv zu führen.

• Brüsseler Entscheidung zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen und Landesbanken

Die Personalräte fordern für die anstehende Novellierung den Landtag von Sachsen-Anhalt sowie die Landesregierung auf, klar und eindeutig den öffentlichen Gemeinwohlaufrag von

Sparkassen sicherzustellen. Die Sparkassen sind durch eine Konstruktion mit öffentlich-rechtlichen Anstalten auch ohne Gewährträgerhaftung und ohne unbedingte Anstaltslast zu stärken. Dies ist erforderlich, weil unter dem shareholderevalue-Prinzip verfolgte Geschäftspolitik der privaten Banken derzeit zu erheblichen Fiktionsschlüssen, Beratungsverschlechterungen für nicht vermögende Privatkunden, Serviceabbau durch Druck zur Selbstbedienung sowie Unterversorgung kleiner und mittelständischer Betriebe mit notwendigen Krediten führt.

• EURO - Umstellung

Den Berichten aus den einzelnen Instituten zu Folge existieren in den Sparkassen Pläne, wie die Bargeldumstellung zu bewältigen ist. Mehrbelastungen für die Beschäftigten lassen sich sicher nicht vermeiden, das sehen auch die Personalräte so. Dennoch geht ihr Apell an die verantwortlichen Vorstände, für ihre Einsatzpläne mit dem Personalrat Dienstvereinbarungen unter Beachtung der tarifvertraglichen Regelungen und gesetzlichen Vorschriften abzuschließen. Der ver.di-Landesbezirk hat eine entsprechende Mustervereinbarung den Personalräten an die Hand gegeben.

Es wurden wichtige Themen besprochen, mit denen Personalräte tagtäglich konfrontiert werden.

Fachbereich 2**BDE-Beschäftigte haben neuen Tarif**

Nach zähen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband BDE hat ver.di in der vierten Verhandlungsrunde am 11. September ein Ergebnis erzielt, das die große Tarifkommission am 19. Oktober mit großer Mehrheit bestätigte.

Es wurde erreicht, dass die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost vermögenswirksame Leistungen von 20 Euro/Monat erhalten, die durch Gehaltsumwandlung für die Altersvorsorge verwendet werden können, die Jahressonderzahlung Ost in zwei Schritten von derzeit 65% ab 2003 auf 70% und ab 2006 auf 75% angehoben werden, Jubiläumswendungen und Regelungen zum Ausgleich von Schichtarbeit betrieblich vereinbart werden können, Front- und Seitenlader in die VG 6 eingruppiert werden und dass eine leistungsbezogene Berufskraftfahrer-Zulage in Betriebsvereinbarungen geregelt werden kann.

Weiterhin wurde vereinbart, einen Altersteilzeitvertrag auf der Basis einer Nettoaufstockung von 80% zu verhandeln. Der Vergütungsstarifvertrag hat eine zweijährige Laufzeit bis zum 30. 4. 2002.

Horst Riesenberg-Mordeja

Fachbereich 7**Feuerwehren im Wettstreit**

Wieder einmal haben die Kameraden der Feuerwehren ihr Können gezeigt.

Am 8. 9. 2001 fand im Rahmen des Tages der offenen Tür bei der Berufsfeuerwehr Halle der schon zur Tradition gewordene Pokalwettbewerb in der Disziplin Löschangriff statt. Drei Mannschaften gingen an den Start. Zuerst zeigten die Kameraden aus Halle, wie schnell sie einen Löschangriff durchführen können, die Kollegen aus Dessau-Süd und Roßlau folgten. Sieger wurden die Kameraden der Feuerwehr Dessau-Süd mit einer Zeit von 33,69 Sekunden.

Jeder verlässt sich in Gefahrensituationen auf die Feuerwehr. Das dies so richtig ist haben die Kameraden eindrucksvoll demonstriert.

Auf diesem Wege allen Teilnehmern noch einmal herzlichen Dank. Wir hoffen, im nächsten Jahr bei der Pokalverteidigung noch weitere Mannschaften begrüßen zu können und laden sie hiermit bereits ein.

Ellen Bornschein
Gewerkschaftssekretärin
ver.di Sachsen-Anhalt Süd

Fachbereich 4**Organisationsreform bei der BARMER**

Seit Wochen ist eine Organisationsreform Dauerthema bei der BARMER Ersatzkasse. Viele Beschäftigten sind in Sorge über ihre berufliche Zukunft. Im offiziellen Sprachgebrauch ist von einer strategischen Neuausrichtung der Kasse die Rede.

Diese Organisationsreform bringt erhebliche Veränderungen für viele Kolleginnen und Kollegen mit sich. Dem Hauptpersonalrat ist es gelungen, mit rechtlicher Begleitung durch ver.di eine Dienstvereinbarung zur Organisationsreform abzuschließen. Kernpunkte dieser Vereinbarung sind die verbesserten Regelungen zur Einkommenssicherung, die verschiedenen finanziellen Unterstützungen bei der Mobilität der Kolleginnen und Kollegen sowie Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung.

In diesem Zusammenhang stellen wir uns besorgt die Frage, wie lange ist das solidarische Krankenversicherungssystem in unserem Lande noch zu halten? Dem Beispiel der BARMER Ersatzkasse werden über kurz oder lang weitere große Ersatzkassen folgen. Bei kleineren, durchaus leistungsfähigen Kassen gibt es schon seit geraumer Zeit ganz andere Szenarien:

Zusammenlegungen mit sogenannten großen Kassen wurden vollzogen, aus einem Solidaritätsfond mussten Darlehen aufgenommen werden, um den Fortbestand einer Kasse zu sichern, andere Kassen werden erst durch den Risiko-

strukturausgleich in die Lage versetzt, ihre vertraglichen Leistungen zu erbringen.

Wie konnte es soweit kommen? Seit 1995 versuchen verschiedene Bundesregierungen, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen, ohne „an die Wurzel des Übels“ zu gelangen. Zu oft wurden gute Ansätze durch halbherzige Maßnahmen „verwässert“. Vor offenen Drohungen von Standesorganisationen der Ärzte und Lobbyverbänden der Arzneimittelindustrie sind die maßgebenden Gesundheitspolitiker „eingeknickt“.

Was ist also zu tun?

Die Einführung einer seit langem diskutierten Positivliste, mittels derer nur noch wirksame Medikamente verordnet werden können, muss endlich erfolgen, um die Kostenexplosion auf dem Arzneimittelsektor für die Krankenkassen einzudämmen. Es ist zu prüfen, ob durch die Ausweitung von Fallpauschalen zu Lasten von Tagessätzen die Kosten für Krankenhausaufenthalte reduziert werden können. Der Risikostrukturausgleich ist so zu gestalten, dass der Wettbewerb der Kassen um bessere Leistungen in den Vordergrund gestellt werden und nicht der Wettbewerb um jüngere, gesündere und beitragsstärkere Mitglieder.

Fachbereich 10**Augenmerk gilt den Nahverkehrsplänen**

Der Fachbereichsvorstand Verkehr des Bezirkes Sachsen-Anhalt Süd lud seine Vorstandsmitglieder zu einer Sitzung in die Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH ein.

Zu Beginn nutzte der Geschäftsführer dieses Unternehmens die Möglichkeit, sein Unternehmen vorzustellen.

Als neuer Vorsitzender wurde Kollege Karl-Heinz Lüttge, Betriebsratsvorsitzender der Verkehrsgesellschaft Südharz mbH benannt.

In der Sitzung wurde über den gegenwärtigen Stand der Mitgliederentwicklung diskutiert und als vorrangige Aufgabe für unseren Bezirksfachbereichsvorstand die Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung herauskristallisiert. Der erste Schritt dazu ist die Erarbeitung einer Analyse zur Ursachenerforschung. Dieser Prozess soll begleitet werden durch Seminare, in die wir auch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute einbeziehen, um die Verantwortung jedes Einzelnen für den Fachbereich Verkehr zu erhöhen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Nahverkehrspläne. Da die Landkreise und kreisfreien Städte bereits über die Weiterentwicklung bzw. Fortschreibung der Nahverkehrspläne in den Beiräten in eine Diskussion getreten sind, ist es aus Sicht der Gewerkschaft ver.di notwendig, verbindliche Regelungen zu treffen.

Die Bezirksfachbereichsvorstandsmitglieder erklärten sich bereit, in den Beiräten mitzuwirken und darauf zu achten, dass in den zukünftigen Nahverkehrsplänen die verkehrspolitischen, technischen, ökologischen und sozialen Standards eindeutig definiert werden.

Daraus ist ersichtlich, wie vielfältig und verantwortungsvoll sich die Arbeit der ehrenamtlichen Funktionäre in unserem Fachbereich Verkehr in ver.di gestaltet und wir jede Kollegin und jeden Kollegen als Mitglied für diesen Umstrukturierungsprozess brauchen.

Judith Fritsch
Gewerkschaftssekretärin
Bezirk Sachsen - Anhalt Süd



Walter Bachler, ehrenamtlicher Gewerkschafter, informiert Trucker Frank Werner über die Gefahren von zu langen Fahrten.

Fachbereiche 10/11**Übermüdung noch immer ein Problem**

Am 15. Oktober 2001 fand der 5. Aktionstag der Gewerkschaften für die Beschäftigten im Straßentransport in Afrika, Nord- und Lateinamerika, Asien/Pazifik und Europa statt. Die ITF (Internationale Transportarbeiter Föderation) forderte ihre Mitglieder auf, sich für die Verbesserung der Bedingungen der Beschäftigten im Straßentransport einzusetzen.

In Sachsen-Anhalt beteiligten sich die Fachbereiche 10 und 11 an der Aktion mit Informationsständen an den Autobahnraststätten in Köckern (A9) und Börde (A2). Befragungen bestätigten die schlechten Bedingungen: „Wir haben von Fahrern gehört, die zwei Tage hinter dem Steuer saßen“, sagt Gewerkschafter Walter Bachler.

Überlange Arbeitszeiten, Termindruck und Wochenendruhe auf überfüllten Rasthöfen sind die Pro-

bleme der Kolleginnen und Kollegen. Dass dies keine Einzelsituationen sind, beweisen die Statistiken des Bundesamtes für Güterverkehr. Bei 670 165 kontrollierten Fahrzeugen im Jahr 2000 wurden 130 794 Fahrzeuge (19,5%) beanstandet, davon 120 604 Verstöße (63,4%) gegen die Fahrpersonalvorschriften. Im Jahr 1997 waren es noch 58,0%.

Wichtigstes Ziel des Aktionstages ist es, annehmbare Obergrenzen für die Dienstzeiten der Fahrerinnen und Fahrer festzulegen und zu kontrollieren. Dabei sollen diese Obergrenzen für die Dienstzeiten des Fahrpersonals so gestaltet sein, dass sie den Bedürfnissen der Fahrerinnen und Fahrer im Hinblick auf Gesundheit, Sicherheit und soziale Belange entsprechen und damit zur Verbesserung der Verkehrssicherheit dienen.

Fachbereich 11**Zukunft der Straßenbahn wird in Frage gestellt**

Die Zukunft der Halberstädter Straßenbahn ist ungewiss. Seit 1903 fährt die „Elektrische“ durch die Straßen von Halberstadt. Sie gehört zum Stadtbild und trägt zur Lebensqualität der Stadt bei. Beim Aufbau der Stadt nach der Wende spielte die Straßenbahn durch ihre Investitionstätigkeit eine entscheidende Rolle. Millioneninvestitionen des Bundes, des Landes aber auch der Stadt Halberstadt in das Streckennetz der Straßenbahn führten zu Straßensanierungen in Halberstadt.

Durch die angespannte Haushaltslage der Stadt Halberstadt wird die Zukunft der Straßenbahn in Frage gestellt.

„Hat der Mohr seine Schuldigkeit getan?“ Durch ein kostenträchtiges Gutachten wurden dann auch gleich die Schuldigen an diesen Finanzproblemen ausgemacht. Es sind die 60 von vormals über 100 Beschäftigten der HVG.

Die Einkommensbedingungen von Kolleginnen und Kollegen (zur Zeit 88,5 % des Westtarifs) sind zu üppig. Um dies wieder ins Lot zu bekommen, wird vom „Herabschleusen“ der Einkommen gesprochen. Um dies kurzfristig umzusetzen, tritt das Unternehmen aus dem sachsen-anhaltischen Arbeitgeberverband aus. Bei der Suche nach einem willigen Arbeitgeberverband findet man diesen auch in Hannover (Aufbauhilfe West).

Dass dies von den Gewerkschaftsmitgliedern nicht hingenommen wird, zeigte eindrucksvoll die Versammlung am 11. Oktober 2001 im Unternehmen. Die Beschäftigten sind gemeinsam mit ver.di bereit, zukunftssichernde Konzepte für den Nahverkehr in Halberstadt und der Region zu begleiten, aber Tariffucht und Lohndumping erteilen wir eine klare Absage.

Freie

ver.di – eine Gewerkschaft, in der auch Freiberufler heimisch werden

Abhängige Arbeit begegnet uns nicht nur als betriebliches Arbeitsverhältnis. In dem Maße, wie Betriebe und Einrichtungen ihre festgefühten Strukturen verlieren, sich Grenzen mehr und mehr fließend gestalten, wachsen auch der Anteil und die Bedeutung selbständiger Arbeit. In publizistischen und künstlerischen Berufen seit langem bekannt, verbreitet sie sich zunehmend in anderen Branchen.

Diese Selbständigkeit ist nicht immer auch selbst gewählt, denn im Normalfall herrschen höchst ungleiche Bedingungen zwischen Auftraggeber und Freiem.

Er ist oft abhängiger als abhängige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die immerhin das Kündigungsschutzgesetz Anwendung findet, die Tarifverträge haben, sich an ihren Betriebs- oder Personalrat wenden können. Für Selbständige müssen vergleichbare Rechte erst noch geschaffen werden. Dies kann nur schrittweise entwickelt werden.

Der erste Schritt ist dabei immer Information und Beratung, beispielsweise über bestehende Gesetze, verbreitete Vertragspraxis, übliche Honorare.

Da betriebliche Zusammenhänge fehlen, müssen entsprechende Netzwerke geschaffen werden, um auch weitergehende Unterstützung zu sichern. Für den Fachbereich 8, Medien, Kunst und industrielle Dienste, ist die Arbeit mit freien Kolleginnen und Kollegen schon aus der Vergangenheit Bestandteil gewerkschaftlicher Praxis und wir bemühen uns um den weiteren Ausbau.

Beratungsnetz media fon

Seit einem Jahr gibt es zum Beispiel media fon. Dies ist ein Beratungsnetz für Selbständige aus den Berufsfeldern Medien, Multimedia, Kommunikation, Kunst und Kultur.

Das Grundprinzip: Erfahrene FreiberuflerInnen beraten als Experten Kolleginnen und Kollegen.

Das Beratungsspektrum umfasst allgemeine Fragen, beispielsweise zu sozialer Sicherung, zu Urheberrechten, zur Künstlersozialversicherung, zu geeigneten Arbeitsformen, Existenzgründung oder Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnik. Abgedeckt werden aber auch fachspezifische Themen, die einzelne Berufsgruppen oder spezielle persönliche Berufsfragen betreffen.

Media fon ist bundesweit unter der Telefonnummer 01805/75 44 44 montags bis freitags von 10 bis 19 Uhr zu erreichen.

Aber Beratung gibt es auch über den Fachbereich Medien Südost, der seinen Sitz in Leipzig hat und über die Grenzen von Sachsen-Anhalt hinaus auch in Sachsen und Thüringen tätig ist.

Ansprechpartner und Adressen: Gisela Hoffmann, Fachbereichssekretärin Kunst und Kultur, gisela.hoffmann@verdi.de, Tel.: 01 72/3 63 40 02,

ver.di Fachbereich Medien Südost, Taubchenweg 8, 04317 Leipzig, Tel.: 03 41/6 88 98 17, Fax: 03 41/6 88 98 22.

Bernd Ackermann



Jugend

Lichterkerette gegen den Terror

Nicht einmal zwei Tage nach dem Sommercamp wurde unsere noch anhaltende Euphorie durch den feigen Terroranschlag in New York überschattet. Fassungslos und voller Angst verfolgten wir die Situation in den Vereinigten Staaten. Spontan riefen wir als ver.di-Jugend Sachsen-Anhalt zu einer Lichterkette zum Gedenken der Opfer terroristischer Gewalt auf. Gemeinsam mit anderen Jugendverbänden setzten wir ein

Zeichen. Wir sind der Meinung, dass Gewalt keine Gegengewalt erzeugen darf. Wir sind für Aufklärung statt Bomben! An diesem Tag war für jeden von uns klar, dass ein dritter Weltkrieg verhindert werden muss!

Als symbolische Geste stellten wir unsere Kerzen am Ende unserer Lichterkette vor dem Magdeburger Dom nieder. Wir hoffen auf eine Welt ohne Krieg, Hass und Terror.

Freie

Stadt Halle privatisierte Kabarett „Kiebitzensteiner“

Nachdem die Stadt Halle viele Jahre diskutiert hatte, das Kabarett zu privatisieren, kam der Beschluss des Stadtrates am 20. Juni dann doch unerwartet. In diesem wurde festgelegt, die Einrichtung zum 31. Juli 2001 zu schließen und die AG Kabarett, die sich um die Weiterführung als privater Träger bemüht hat, mit einer in der gleichen Sitzung bestätigten Summe zu fördern.

Dass die Stadt noch Künstler beschäftigt, deren Vertrag erst im kommenden Sommer zum Ende der Spielzeit ausläuft, stört die Verantwortlichen nicht. Die Künstler werden ganz einfach ausgeliehen, dürfen am priva-

tisierten Kabarett spielen, ohne dass eine rechtliche Regelung erfolgte.

Ob die „Kiebitzensteiner“ sich auch weiter so nennen dürfen, ist die nächste Frage. Der Namensschutz war zum Zeitpunkt der Privatisierung immer noch nicht geklärt, weil sich die Oberbürgermeisterin erst nach Anschreiben durch ver.di und Personalrat rechtlich gekümmert und diesen beantragt hat. Die AG Kabarett tritt unter dem alten Namen „Kiebitzensteiner“ auf und lässt sich von den Querelen nicht beeindrucken. Zu finden sind sie in ihrer neuen Spielstätte, dem „Ackerbürgerhof“.

Gisela Hoffmann

Arbeiter

BundesarbeiterInnentage verliefen erfolgreich

Erstmals in ver.di, nun mit größerer Breite durch die neuen Bereiche, fanden in Neubrandenburg die BundesarbeiterInnentage statt. In einem dicht gestaffelten Programm haben wir Arbeiter zu den anstehenden Problemen und Aufgaben nach breiter offener Diskussion Entschliessungen und Resolutionen verabschiedet.

Schwerpunkt des ersten Tages war die Diskussion mit dem Bundesarbeitsminister Walter Riester, Wirtschaftswissenschaftlern und Gewerkschaftern zu Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass begleitende Regelungen nötig sind, um Einbrüche bei Beschäftigungsbedingungen und sozialen Standards für die ArbeitnehmerInnen in Mitglieds- und Beitrittsländern zu verhindern.

Unsere Forderungsschwerpunkte sind die Erstellung einer europäischen Sozialcharta unter breiter Beteiligung aller relevanten Kräfte, ein Bundesgesetz zur Sicherstellung der Tarifstandards, die Sicherung der bisherigen sozialen Versorgungsniveaus und angemessene Übergangsfristen bei der freien Wahl des Arbeitsplatzes.

Am zweiten Tag standen im Mit-

telpunkt die Sicherung des Selbstvertretungsanspruchs der ArbeitnehmerInnen in betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien und die Diskussion zum Thema „Öffentliche Daseinsvorsorge – private Wirtschaft: Kritik an der neoliberalen Ideologie“. Kernpunkte unserer Forderungen sind der Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Einbeziehung der ArbeitnehmerInnen des Öffentlichen Dienstes in die Förderungsmöglichkeiten zur „Riesterrente“.

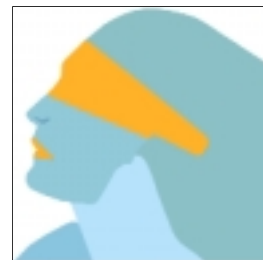
Die tarifpolitische Situation mit einer ausführlichen Beschreibung durch Kurt Martin, ver.di-Bundesvorstand, und die Aussprache dazu sowie die Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse zum arbeitspolitischen Programm bestimmten den dritten Tag. Beschrieben wurde die dramatische Situation der Zusatzversorgungssysteme und die zukünftige Entwicklung der Tarifarbeit und die Form und Gestaltung von Tarifverträgen. Neben der teilweise kontroversen und emotionalen Debatte um den Flächentarif und die Einführung der Spartentarifverträge gab es einen klaren Appell an uns Kollegen im Tarifbereich Ost zur Aktionsbereitschaft.

Andreas Reichstein

Ebene/Gruppen

- Eine Heimat für Freiberufler Seite 9
- „Kiebitzensteiner“ sind privatisiert Seite 9
- Lichterkette gegen den Terror Seite 9
- Mitgliederservice im Bezirk Süd Seite 10
- Jugendcamp am Arendsee Seite 10
- Senioren sind keine Ruheständler Seite 11
- ver.di-Kampagne in den Kinos Seite 11
- Gesundheitsprojekt in der Harzregion Seite 11

Anzeige



Petra Grimm-Benne

Rechtsanwältin
Fachanwältin
für Verwaltungsrecht

- Beamtenrecht
- Öffentliches Baurecht
- Familien- und Scheidungsrecht

Sabine Reyher

Rechtsanwältin

- Privates Baurecht
- Erbrecht
- Verkehrsrecht

Rechts- und Fachanwältin

Große Diesdorfer Str. 5
39108 Magdeburg
Telefon 03 91/7 44 44 44
Telefax 03 91/7 44 44 88

Bezirk Süd

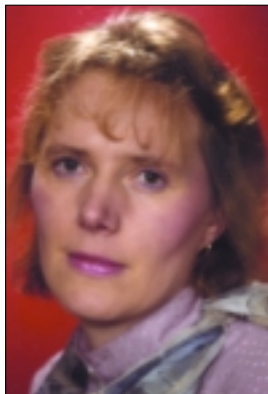
Zentrale in Halle, Geschäftsstellen in Bernburg, Dessau, Sangerhausen, Naumburg, Wittenberg

Vom 14. bis 16. September 2001 fand die erste Klausurtagung des Bezirksvorstandes ver.di Sachsen-Anhalt Süd in Halberstadt statt. Begonnen wurde mit einer Gedenkminute für die Opfer der feigen Terrorangriffe auf die USA. Die Atmosphäre der Klausurtagung des Bezirksvorstandes ver.di Sachsen-Anhalt Süd war von konstruktiver Arbeit im Interesse der Mitglieder unseres Bezirkes geprägt.

Durch den Wohnortwechsel der Vorsitzenden des Bezirksvorstandes ver.di Sachsen-Anhalt Süd, Agnes Tanneberger, von Halle nach Augsburg wurde eine Nachwahl erforderlich. Als einzige Kandidatin wurde die Kollegin Angelika Kelsch vom Gremium vorgeschlagen und als Vorsitzende des Bezirksvorstandes einstimmig gewählt.

Den Schwerpunkt seiner Arbeit sieht der Bezirksvorstand ver.di Sachsen-Anhalt Süd darin, gemeinsam neue Wege zu beschreiten, ohne auf bewährte Betreuungsformen zu verzichten, verständigte sich der Bezirksvorstand auf folgende Standorte für den Bezirk Sachsen-Anhalt

Um die Mitgliederbetreuung mit vertretbarem Aufwand effizient zu gestalten, verständigte sich der Bezirksvorstand auf folgende Standorte für den Bezirk Sachsen-Anhalt



Angelika Kelsch ist neue Vorsitzende des Bezirksvorstandes Süd.

Süd: Sitz Halle mit Geschäftsstellen in Bernburg, Dessau, Sangerhausen, Naumburg und Wittenberg. Die Büros sollten mindestens einmal in der Woche den Mitgliedern als Anlaufpunkt zur Verfügung stehen. Dabei wurde auf die Mitgliedernähe (territorial) und ebenso auf Erreichbarkeit durch den Nahverkehr geachtet.

Das Gremium teilte sich in zwei Arbeitsgruppen, um sich zwei Themen-

schwerpunkten intensiver zu widmen. Während der Diskussion in der Arbeitsgruppe Bildung standen viele offene Fragen zur Debatte.

In Auswertung dieser Arbeitsgruppe beschloss der Bezirksvorstand u. a.: Die sofortige Analyse der bisherigen Bildungsarbeit aller fünf ver.di-Gewerkschaften im Bezirk Sachsen-Anhalt Süd und die sofortige Erfassung des zukünftigen Bildungsbedarfs (wie zum Beispiel das Erfassen der sogenannten „weißen Flecken“ und der aktuellen Themen). Alle bisherigen erfolgreichen Seminare müssen erhalten bleiben und die Finanzierung gesichert werden.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe erstellten für den Bezirk und die Fachbereiche konkrete Anforderungen an fachbereichsspezifische, fachbereichsübergreifende und gesellschaftspolitische Seminare. Wichtig erscheint uns, unseren Mitgliedern das für sie nötige Wissen in Form von Seminaren zu vermitteln.

Die zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit Zielen und Aufgaben des zu erarbeitenden Betreuungskonzeptes. Ergebnis dieser Arbeitsgruppe war, dass es eine kontinuierliche Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Fachbereichen und der Ebene geben muss.

Die Mitglieder müssen im Service-Büro fachübergreifend betreut werden. Wichtig erschien uns vor allem, eine enge Zusammenarbeit zwischen den ehren- und hauptamtlichen Kollegen zu garantieren.

Fachbereichssitzungen sollen in unterschiedlichen Betrieben durchgeführt werden, um die Bedürfnisse der Kollegen vor Ort aufzunehmen und Lösungswege für deren Probleme zu finden. Oberste Priorität hat für uns, dass jedes Mitglied erreicht wird, z. B. werden Sprechstunden für Mitglieder im Betrieb angeboten.

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes ver.di Sachsen-Anhalt Süd diskutierten über die Mitgliederentwicklung und werden dieses Thema als Hauptschwerpunkt in ihrer weiteren Arbeit betrachten. An vorderster Stelle steht für uns die Arbeit mit den Vertrauensleuten, denn sie sind die ersten, die die Probleme und Wünsche der Mitglieder erfassen und auch schon zum Teil klären oder an uns weiterleiten.

Wir werden Mitgliederversammlungen interessanter gestalten und Kollegen gewinnen, die in ihren Betrieben mitarbeiten. In den DGB-Ortskartellen werden wir die gewerkschaftspolitische Arbeit unterstützen. Dort wo Kollegen sind, die

mitarbeiten wollen, werden wir keinen vor den Kopf stoßen, sondern alle bestehenden Strukturen zusammen fassen und in Form von Ortsvereinen weiterführen. Bei weißen Flecken wird über aufzubauende Strukturen im Bezirksvorstand entschieden.

Von Seiten der Bezirksvorstandesmitglieder wurde das Controlling der gefassten Beschlüsse angesprochen. Es wird eine Beschlusskontrolle eingeführt, um zu sehen, was sich bewährt hat, aber auch um neue Wege zu beschreiben, wenn sich Vorstellungen und Realität nicht in Einklang bringen lassen.

Besonders erfreulich ist es, dass die Herkunft der Mitglieder des Bezirksvorstandes aus den fünf Altorganisationen keine Rolle mehr spielte und dass es eine Gemeinsamkeit in der Arbeit zwischen haupt- und ehrenamtlichen Kollegen gibt.

Ver.di ist unsere neue gewerkschaftliche Heimat, Zukunft und Aufgabe. Wir können unseren Mitgliedern im Bezirk ver.di Sachsen-Anhalt Süd versprechen: Wir nehmen Eure Interessen und Bedürfnisse auf und setzen sie gemeinsam mit Euch um.

Bezirksvorstand
ver.di Sachsen-Anhalt Süd

Jugend

Sommerncamp: Für 3 Tage in Arendsee

Am 7. September 2001 war es endlich soweit: das erste gemeinsame Sommercamp der ver.di-Jugend startete in Arendsee. Drei Tage verbrachten wir gemeinsam mit vielen neuen Gesichtern aus ganz Sachsen-Anhalt. Immerhin trauten sich 60 junge Leute bei dem verregneten Wetter in das Waldcamp. Zu unserem Glück hatten wir die Möglichkeit, in kleinen Finnhütten zu übernachten, denn Zelte hätten sich an diesen Tagen mit Sicherheit zu kleinen Booten verwandelt.

Obwohl das Wetter uns immer wieder einen dicken Strich durch unsere Planung machte, ließen wir die Köpfe nicht hängen. Im Gegenteil, die ganz hart Gesotenen nutzten jeden Sonnenstrahl und jede Regenpause, um sich auf dem Volleyballplatz zu betätigen. Schnell wurde daraus ein spannendes Turnier, was den Teilnehmern eine tolle Abwechslung zu ihrem Arbeitsalltag war.

Ein Highlight des Camps war ohne Zweifel der Workshop „Erste Hilfe“. Eike frischte bei uns die Kenntnisse rund um erste Hilfemaßnahmen anhand eines super Dia-Vortrages auf. Natürlich durften die praktischen Übungen an der Testpuppe nicht feh-

len! Von Herz-Druck-Massage, über Mund-zu-Mund-Beatmung bis hin zum ordnungsgemäßen Abnehmen eines Motorradhelmes war alles dabei und für alle eine gelungene Festigung unserer bisherigen Erfahrungen.

Dieser Wetter hatte aber auch seine guten Seiten, denn dadurch entstanden die besten Ideen für Ausweichmöglichkeiten, welche spontan in die Tat umgesetzt wurden. Zwei Physiotherapeutinnen erklärten sich bereit, einen Workshop „Massage“ durchzuführen. Was für eine Wohltat für alle Rücken, die sich verwöhnen ließen! Gleichzeitig erfuhren wir noch viel Wissenswertes über den Aufbau unserer Muskulatur. An dieser Stelle ein großes Lob an Stephi und Andrea!

Riesenspaß brachte auch die Camp-rallye, welche aus Eierlauf, Dreibeinlauf, dem Faden-Fädel-Spiel, Teebeutelwurf und einer Wissensstraße über ver.di bestand. Verschiedene Teams durchliefen die einzelnen Stationen und mussten so viele Punkte ergattern wie nur möglich. Neben all diesen Aktivitäten ging es im Aufenthaltsraum etwas ruhiger zu. Hier wurden für die ver.di-Jugend neue Logos entworfen, welche dann von einer unabhängigen Jury prämiert wurden.



Die Teilnehmer des ersten Sommercamps der ver.di-Jugend Sachsen-Anhalt.

Anschließend ließen wir das Sommercamp mit einem gemütlichen Grillabend und Disco ausklingen. Auf diesem Weg bedanken wir uns auch bei Marco und Brodi, die stets und ständig damit beschäftigt waren, die Musikboxen hin und her zu tragen, um unsere Ohren an jedem Ort mit Musik zu verwöhnen. Manu gilt auch ein dickes Dankeschön für die tatkräftige Unterstützung bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung.

In der Hoffnung, dass es allen Teilnehmern gefallen hat, würden wir uns auf ein Wiedersehen bei besserem Wetter im nächsten Sommercamp 2002 riesig freuen.



Viel Interessantes lernte die Gruppe während des Workshops „Erste Hilfe“.

Bezirk Nord

Gesundheitsregion Harz – Pakt für Arbeit

Jährlich fallen in Deutschland 470 Millionen Arbeitstage durch Arbeitsunfähigkeit aus. 20 % davon gehen auf das Konto von arbeitsbedingten Erkrankungen. Das bedeutet einen Schaden von jährlich 16 Milliarden DM.

Die Krankenhäuser und Kliniken im Harz stellen einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und sind im Hinblick auf Beschäftigung – insbesondere bezüglich wohnortnaher Arbeitsplätze für Frauen – wichtig. Das medizinische Dienstleistungsangebot ist von herausragender Bedeutung, sowohl für die Bevölkerung als auch für die Patienten aus der näheren oder weiteren Umgebung, die als Gäste in die Region kommen. Um dauerhaft ein qualitativ hochwertiges Angebot zu erreichen, ist zudem die Gesundheit der Beschäftigten in den Kliniken und Krankenhäusern bedeutsam.

Gemeinsam mit dem DGB und anderen Bündnispartnern beteiligt sich der ver.di-Bezirk Sachsen-Anhalt Nord an der Projektarbeit „Gesundheitsförderung in Krankenhäusern und Kliniken im Harz“. Dieses Projekt ist Bestandteil der Pakte-Initiative des Landes Sachsen-Anhalt und verfolgt das Ziel, die Arbeitsplatzsituation im Gesundheitswesen und im Tourismus sowohl zu stabilisieren als auch weiterzuentwickeln und auszubauen.

Bei dem von ver.di unterstützten Projekt geht es darum, die betriebliche Gesundheitsförderung stärker in

das Bewusstsein der Führungskräfte zu rücken. Inzwischen wird durch niemanden mehr bestritten, dass für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Gesundheitseinrichtungen die Ressourcen der MitarbeiterInnen an Bedeutung gewinnen. Die Zufriedenheit der Beschäftigten gilt zunehmend als Standortfaktor. Vor diesem Hintergrund sollen MitarbeiterInnen in drei noch auszuwählenden Kliniken – und hier in Pilotbereichen des Harzes – für die betriebliche Gesundheitsförderung sensibilisiert und qualifiziert werden. Ein wesentlicher Ansatz hierbei ist es, vorbeugende gesundheitsfördernde Maßnahmen am Arbeitsplatz zu integrieren. Um dauerhaft die betriebliche Gesundheitsförderung als festen Bestandteil in der Unternehmenspolitik zu verankern, sollen dafür Instrumente und Methoden entwickelt und eingeführt werden. Insgesamt trägt dieses Teilvorhaben zur Beschäftigungssicherung bei.

Ein wesentliches Element ist unter anderem die Einbeziehung der Beschäftigten sowie die kontinuierliche Beteiligung von Betriebs- und Personalräten. Die Projektziele gelten als erreicht wenn die Beschäftigten der Modellbetriebe einen höheren Zufriedenheitsgrad über die gesundheitsfördernde Umgebung ihres Arbeitsplatzes am Ende des Prozesses angeben können. Die Auswertung der Ergebnisse wird anhand messbarer Kriterien erfolgen. **Andreas Wiedemann**

500 nahmen am Quiz teil

ver.di war auch im Kino zu erleben

Zum Abschluss der Imagekampagne von ver.di wurde in den Kinos drei Wochen lang jeden Dienstag und Donnerstag ein Werbefilm ausgestrahlt. Mit unserer Kinoaktion „ver.di lässt dich nicht im Regen stehen“ wollten wir den Kinogängern ver.di ein Stück näher bringen.

Wer fleißig unsere Info-Materialien studierte, hatte bei unserem ver.di-Quiz Gewinnaussichten. Mehr als 500 Leute suchten z. B. Lösungen auf die Fragen, wer denn der Bundesvorsitzende von ver.di ist (natürlich nicht Gerhard Schröder und auch nicht Walter Riestler, sondern Frank Bsirske) und ob denn ver.di für Verdienstausfall, Verdienter Erfinder oder Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft steht. Verlost wurden zehn tolle Preise, als Hauptpreis natürlich Kinogutscheine – was sonst?!

Für die nette Betreuung bedanken wir uns bei allen MitarbeiterInnen der „Kinowelt“ am Pfahlberg. Weiterhin wollen wir es nicht versäumen, die hauptamtlichen KollegInnen zu grüßen, welche uns tatkräftig zur Seite standen. Ein dickes Dankeschön geht an Conny Borrman, Manuela Schmidt, Jens Berek, Helge Harms, Jürgen Mory, Bernd Tangermann und Andreas Wiedemann.

Landesbezirksvorstand

Qualität hat Vorrang

Bei ver.di wird bundesweit verstärkt über ein Qualitätsmanagement für die gewerkschaftliche Arbeit diskutiert. So gibt es eine Stabstelle beim Vorsitzenden Frank Bsirske, wo die Leistungsziele der Organisation gebündelt werden. Ein Controlling soll regelmäßig die Ergebnisse messen.

In Sachsen-Anhalt fand eine erste Ergebnisplanung bei einem Arbeitstreffen des Landesbezirksvorstandes am 28. und 29. September statt. Dort wurde über das Selbstverständnis, die politische Arbeit sowie über die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation geredet.

Landesbezirksleiter Jürgen Schenk: „Die Schwerpunkte werden derzeit in konkrete Arbeitsvorhaben umgewandelt. Im Januar 2002 werden wir unsere Ziele mit Finanz- und Sachmitteln unteretzt haben. Eine gewichtige Rolle wird nach den geplanten Maßnahmen die Betriebsratswahl 2002, die Gesundheitsreform und die Daseinsvorsorge sowie die Tarifpolitik einnehmen. Von besonderer Bedeutung ist die Mitgliederwerbung“.

Senioren wollen nicht die „Ruheständler“ sein

Gespräch mit Dieter Naumann, Vorsitzender des Senioren-Landesbezirksausschusses

Frage: Wir sind in ver.di angekommen und die Senioren sind mittendrin. Kann man das so sagen?

Ja, ein deutliches Ja. Wir, die etwas älteren Mitglieder unserer jungen Gewerkschaft ver.di, und das sind bundesweit ca. 480.000, wollen unsere Erfahrungen einbringen und das mittendrin. Wir haben in Sachsen-Anhalt unsere Seniorenausschüsse berufen, das heißt der Landesbezirksausschuss und die beiden Bezirksausschüsse Nord und Süd haben ihre Arbeit aufgenommen und sie haben Vorschläge für die zukünftige Arbeit der Personalgruppe Senioren erarbeitet. Sie vertreten in Sachsen-Anhalt 14000 ver.di-Senioren.

Frage: Sind in unserem Landesbezirk die Voraussetzungen gegeben, dass in der Personengruppe Senioren „seniorenrelevante Gewerkschaftsarbeit“ geleistet werden kann?

Wenn wir uns darüber verständigen können, dass im Prinzip jede gewerkschaftliche Aktivität „Seniorenarbeit“ ist, ja.

In der Satzung und anderen Beschlüssen unserer Gewerkschaft wird dieser Begriff „Seniorenarbeit“ zu oft verwandt. Wir meinen, das sollte man streichen, wir sind „mittendrin“ und wollen durch unsere Mitgliedschaft dem Kampf um Tari-

fe und sozialpolitische Beschlüsse Nachdruck verleihen, und das noch stärker als bisher. Natürlich wollen wir auch Traditionen in der Seniorenarbeit erhalten und ausbauen. Das heißt konkret, die ehrenamtliche Arbeit weiter entwickeln, neue Wege der Begegnung und des gemeinsamen Erlebens gehen. Stammtische, Info- und Sprechtag sind genauso gefragt, wie Betriebs- und Ortsgruppen. Aufgabe der Seniorenausschüsse ist es, mit den Vorständen der Bezirke diese Zielstellung „machbar“ zu gestalten.

Frage: Welche Schwerpunkte werden von unseren Senioren in der Gewerkschaftsarbeit 2002 gesehen?

Die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen an das Westniveau, einschließlich der Renten ist Schwerpunkt Nr. 1.

Weil wir eine „biologische“ Lösung in der Rentenanpassung ablehnen, fordern wir einen Stufenplan bis 2005. Mit Sorge sehen wir auch, dass nach der Rentenversicherung jetzt auch die Krankenversicherung zur Disposition steht. Unter dem Vorwand der Kostensenkung soll eine Zweiklassenmedizin eingeführt werden. Wir fordern, vom Grundsatz einer paritätischen Finanzierung nicht abzugehen und die solidarische Krankenversiche-

rung zu erhalten. Der gesetzliche Krankenversicherungsschutz darf nicht auf eine sogenannte „Baserversorgung“ beschränkt werden.

Der gemeinsame Protest aller Mitglieder ist jetzt gefragt, wenn wir eine weitere Demontage unserer Sozialsysteme nicht zulassen wollen. Wir Senioren sind dabei! Ich kann versprechen, die ver.di Seniorinnen und Senioren agieren und reagieren und werden sich auch zukünftig aktiv einmischen.

Das Gespräch führte Helge Harms

Dem Senioren-Landesbezirksausschuss gehören folgende Mitglieder an:

1. Aumüller, Bernd
2. Bartsch, Doris
3. Bethge, Horst
4. Dubiel, Harry
5. Feldten, Elisabeth
6. Felgner, Wolfgang
7. Gebauer, Marianne
8. Herkula, Rudolf
9. Hunke, Manfred
10. Jurkowski, Lothar
11. Naumann, Dieter
12. Oehlschlägel, Sigurd
13. Saalfeld, Wilhelm
14. Schönfeld, Jürgen
15. Dr. Schülke, Werner
16. Schulze, Christa
17. Veitz, Gerhard
18. Wagner, Karin-Maria
19. Winkelmann, Karin

Anzeige

Ganz schön fit

Fit sein, heißt gut drauf sein. Erleben Sie jetzt das erfrischende Gefühl, mit Körper und Geist im Finkling zu sein. Zusätzliche Informationen rund um unsere Fitneß-, Ernährungs- und Bewegungsangebote erhalten Sie in unseren Kundencentern.

AOK Sachsen-Anhalt – Die Gesundheitskasse.

www.aok-info.de • service@san.aok.de • Hotline 01 80/2 30 46 86

AOK
Die Gesundheitskasse

